

- 3 Wohin, Gedenkstätten?  
Ein Plädoyer für mehr Selbstkritik und Mitgestaltung  
*Habbo Knoch*
- 9 Bundesweiter Zusammenschluss von Gedenkstätten,  
Erinnerungsorten und -initiativen (FORUM) gegründet  
*Andreas Ehresman*
- 11 Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«  
*Peter Jahn*
- 18 »Der verlorene Transport«.  
Gedenken an die Toten in Tröbitz zum 70. Jahrestag der Befreiung  
*Stefanie Endlich*
- 25 2014: Erneut Besucherrekord in den Gedenk- und Erinnerungsstätten  
in Baden-Württemberg  
*Svenja Bauer-Blaschkowski*
- 31 Der Nationalsozialismus im heutigen Geschichtsunterricht –  
Rückschlüsse für die Gedenkstättenpädagogik  
*Bertram Noback*
- 42 Apps für Gedenkstätten  
*Kristina Pavićević und Eric Sommer*
- 45 Veranstaltungshinweise
- 49 Literaturhinweise

Titel: KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthof. Aufnahme während einer Exkursion mit Studierenden des Instituts für Bildungswissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg, im Rahmen ihres Proseminars unter Begleitung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma im Sommersemester 2008. Foto: Bertram Noback  
Siehe auch den Beitrag über den Nationalsozialismus im heutigen Geschichtsunterricht in diesem Heft.

# Wohin, Gedenkstätten?

EIN PLÄDOYER FÜR MEHR SELBSTKRITIK UND MITGESTALTUNG

*Habbo Knoch*

## **Vorbemerkung**

Im letzten September hat in Bremen zum dritten Mal die »Gedenkstättenkonferenz« stattgefunden. Bei der Zusammenkunft wurde am ersten Abend über die Entwicklung und aktuelle Situation der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland debattiert. Gerade angesichts der 70. Jahrestage der Befreiung ist das ein Thema, das in vielfältiger Weise auf der Tagesordnung steht – bei Gedenkreden aber auch bei Seminaren, Tagungen und Symposien oder in den Medien.

Die Debatte in Bremen wurde eingeleitet mit drei Statements von Habbo Knoch, Cornelia Siebert und Harald Schmid. Aus Platzgründen konnten im letzten GedenkstättenRundbrief nur zwei Beiträge abgedruckt werden. Derjenige von Habbo Knoch folgt nun hier. Alle drei Beiträge sind zusammen im Internet zu finden:

[www.gedenkstättenforum.de](http://www.gedenkstättenforum.de), Rubrik: Forschung und Projekte.

*Thomas Lutz*

## **Wohin, Gedenkstätten?**

Die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen ist in der Bundesrepublik zur Staatsräson geworden. Bundespräsident, Kanzlerin und ihre Kabinettsmitglieder bekunden dies unisono zumindest bei offiziellen Gelegenheiten. Vor allem die größeren und über die Region hinaus namhaften KZ-Gedenkstätten verkörpern diese institutionalisierte Empathie. Trotz aller fortbestehenden Engpässe und eines Nachholbedarfes im Vergleich zu Museen, Archiven und Forschungsinstituten, trotz der Defizite in der Forschung und weiterhin ungesicherter baulicher Relikte haben in vielen Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen im Nationalsozialismus, von denen hier die Rede sein wird, inzwischen Ausstellungen, Gestaltungen der früheren Lagergelände oder die Bereiche Sammeln, Forschen und Vermitteln ein Niveau erreicht, von dem vor zwei Jahrzehnten kaum zu träumen war. Professionalität und Engagement ermöglichen ein qualitativ herausragendes Angebot.

Dies ist auch ein großer Erfolg kritischer Auseinandersetzung, humanitären Bewusstseins und zivilgesellschaftlichen Engagements. Er war aber letztlich nur möglich, weil die Legitimation des Einigungsprozesses nach 1989/90 eine unzweideutige Annahme der staatlichen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus von der Bundesrepublik verlangte. Sie fand ihren symbolischen und dann auch materiellen Ausdruck an den früheren Orten der Tat – vor allem durch die Gedenkstättenförderung des Bundes. Es ist daher zugleich paradox und konsequent, dass die ursprünglich staats- und nationskritische Post-memory-Generation der – vor allem westdeutschen – Gedenk(stätten-)bewegung durch ihr bis heute andauerndes Wirken einerseits zur Stabilisierung der Bundesrepublik als einem der international einflussreichsten Staaten, andererseits zum Memento der Memoria als dauernd eingestreuter Dissonanz auf diesem Weg beigetragen hat.

Gegenüber einer hegemonialen Kultur identitätsstiftender Museen und anderer staatlich hochsubventionierter Kultureinrichtungen zeugten bis vor wenigen Jahren

der Charme der Improvisation, das Pathos der Benachteiligten und die Bedingungslosigkeit der Empathie angesichts einer weitverbreiteten Erinnerungslosigkeit von einer Authentizität der Gedenkstätten, die sich vor allem aus der Differenz zur schweigenden bis leugnenden Mehrheit und weiten Teilen des politischen Establishments speiste. Etablierte KZ-Gedenkstätten in West und Ost firmierten bis 1990 zum einen als Ritualorte der jeweiligen offiziellen Geschichtsdeutungen, zum anderen boten auch sie Raum für politische Aktualisierungen der NS-Verbrechen.

Von den 1980er-Jahren bis vor gut einem Jahrzehnt war die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik vor allem von Spannungen und Gegensätzen geprägt: Erinnern und Vergessen, »Aufarbeitung« und »Schlussstrich«, Zivilgesellschaft und Staat, aufklärendes Lernen und politisches Ritual; Gedenkstätten beziehungsweise ihre politischen Indienstnahmen standen durchaus auf beiden Seiten. Aus dieser Distanz ist inzwischen eine faktisch als Affirmation eines breiten Erinnerungskonsenses wirkende Rolle geworden, aus der Kritik an der vermeintlich und tatsächlich unfertigen Demokratie die Vermittlung demokratischer Leitwerte. Staatlicherseits wird damit der für die Gedenkstätten betriebene Aufwand gerechtfertigt: Gedenkstättenförderung ist ressourcenorientierte Fundierung der Demokratie im Modus staatlicher Mittelverwaltung. Die damit einhergehende Selbstverständlichkeit der Existenz von NS-Gedenkstätten erreicht aber inzwischen in der Politik bedenkliche Grade der Vernachlässigung: Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Regierung tauchen sie kaum noch auf, sie sind zu Haushaltstiteln degradiert. Und leider hat das kaum jemanden gestört.

Zum Glück gibt es Gedenktage. Naturgemäß werden Gedenkstätten bei diesen Gelegenheiten zyklisch in das allgemeine öffentliche Bewusstsein gerufen. Zum siebzigsten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz hat eine Bertelsmann-Studie den Blick auf eine offenkundige Diskrepanz zwischen Gedenken und Gesellschaft gelenkt: 81 Prozent der Befragten möchten die Geschichte der Judenverfolgung gerne »hinter sich lassen«, fast sechs von zehn sprechen sich dezidiert für einen »Schlussstrich« aus, zwei Drittel insgesamt und drei Viertel der Zwanzig- bis Vierzigjährigen ärgern sich darüber, dass ihnen noch immer die »Verbrechen an den Juden vorgehalten« werden. Es ließen sich auch andere Umfragen aus früheren Jahren anführen: Gedenkstättenarbeit, so sehr sie auch im staatlichen Selbstverständnis und in der Geschichtskultur angekommen sein mag, trifft auf eine mehrheitliche Skepsis bis Ablehnung gegenüber ihren Themen. Und dies nicht aus politischem Revisionismus, wie Matthias Dobrinski in der Süddeutschen Zeitung am 27. Januar feststellte: »Die Riten können hohl werden und der Selbstbeweihräucherung einer politischen Priesterschaft dienen, während das Volk sich genervt abwendet.« Aber verbirgt sich hinter den Zahlen nicht vielleicht doch ein neuer Anspruch auf einen bereinigten Geschichtsstolz?

Auch wenn die Bundesrepublik dank Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in den vergangenen Jahren geschichtsbewusster und moralisch reflektierter geworden sein mag: Institutionalisiertes Gedenken und öffentliche Meinung klaffen inzwischen weit auseinander. Ohnehin schwindet die argumentative Präsenz und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus: Seine Schrecken sind mehr negatives Rauschen im Mitternachtsfernsehen als Reibungspunkt tagespolitischer Debatten, mehr Wolke und Schatten als Blitz und Donner. Streitpunkte seiner Deutung, an denen nach 1945 mehrere politische Generationen begründet wurden, sind ihrer unmittelbaren gesellschaftlichen Konfliktrelevanz enthoben und nur noch verblasste Katarakte einer immer

grauer werdenden Vorzeit. »Verbrechen der Wehrmacht«? Heute muss nicht vermittelt werden, dass es sie etwa nicht gegeben haben soll, sondern warum das überhaupt von Bedeutung ist.

Seit Jahren ist zu beobachten, wie die Trennschärfe des Opferbegriffs schwindet, auf dem das geschichtspolitische Postulat der Gedenkstätten begründet wurde: Trotz der gewachsenen Kenntnis über die massenhafte Beteiligung der deutschen Gesellschaft am NS-Regime wird das Bild dieser Zeit vom wohlfeilen Konsens eines weitreichenden Opferkollektivs überlagert, das die Deutschen der Kriegs- und Nachkriegszeit einschließt. Zuletzt war das besonders eindrücklich an dem mit massiver öffentlicher Förderung entstandenen Fernsehreihe »Unsere Mütter, unsere Väter« zu beobachten. Doch liegt vielleicht darin nicht mehr das eigentliche Problem: Vielmehr entkoppeln sich seit einiger Zeit der moralische Gegenwartssinn und die Erinnerung an den Nationalsozialismus. Letztere ist zu einem vertrauten Dispositiv geworden: wie ein vertrautes Möbelstück, das seinen Dienst tut, aber nicht mehr besonders auffällt. Ab und an wird es nur etwas poliert.

In den Schulen schwinden die Bezüge von Gegenwart und NS-Vergangenheit, in den Medien ohnehin, zumal das Fernsehen seine Funktion als Leitmedium eingebüßt hat und überregionale Zeitungen kaum jenseits einer gebildeten Schicht gelesen werden. Die moralische Sinnstiftung der Gegenwart und die Erinnerung an den Nationalsozialismus sind zu Parallelkulturen geworden. Sie sind nur noch indirekt, punktuell und temporär miteinander verbunden. So stellen Gedenkstättenbesuche eine der wenigen Gelegenheiten dar, in denen die Parallelkulturen einander begegnen: als Kultur einer Selbstverständlichkeit, mit der aus tiefer Überzeugung und inzwischen auch staatlich gewollt an die Opfer erinnert wird, und als Kultur der Fragenden, warum das denn heute noch so wichtig ist; als Technologie der historischen Wissensvermittlung und seiner sorgsam Aufbereitung einerseits, als Lebenswirklichkeit eines zumindest zunehmend breiter gestreuten, wenn überhaupt noch vorhandenen historischen Wissens über den Nationalsozialismus. Was auf der einen Seite im Modus des Erinnerns eine zyklische Vergegenwärtigung bedeutet, ist auf der anderen bestenfalls Geschichte ohne Lebensbezug, nicht einmal mehr Zeitgeschichte.

So beeindruckend die Arbeit in den Gedenkstätten und viele neue Ansätze ihrer Bildungsabteilungen auch sind, so irritierend sind doch Befunde einer wachsenden Scheinbedeutsamkeit der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und der Entkopplung von Gedenkstätten und historisch-politischem Orientierungsdiskurs. Selbst Lehramtsstudierende der Geschichte wissen heutzutage kaum noch etwas mit dem 27. Januar anzufangen; viele kennen schlichtweg das Datum nicht. Wer in einem Café über Erinnerungskultur oder Gedenkstättenangelegenheiten spricht, mag sich fragen, wie wenige der Anwesenden einen solchen Diskurs überhaupt nachvollziehen könnten oder wissen, wovon die Rede ist. Im Mantel des vermeintlich allen Zugänglichen haben sich Gedenkstätten als hoch spezialisierter Raum mit eigenen Regelwerken, Sprach- und Sprechkonventionen, ja sogar Körperhaltungen herausgebildet. Die Analogie zu Kirchen und Geistlichen liegt nicht fern: steuerfinanziert, hoch professionell, über Codes, Rituale und Gesetze allein gestellt und untereinander verflochten, mit Märtyrern und Heiligen als Identifikationsfiguren sowie einer bisweilen zum Dogma erklärten Authentizität der »sekundären Zeugenschaft« – und immer zumindest in der Gefahr, den Kontakt zur Gesellschaft zu verlieren.

Da der persönliche, unmittelbare Kontakt mit dem vermeintlich authentischen Ort oft einmalig ist, wird dessen Heiligung im Sinne einer Säkularreligion durch Besuche in Gedenkstätten befördert. Im Gewand ihrer masterplangesteuerten Ausstellungen, Museumsgebäude und Außeninformationssysteme sind die neuen Gedenkstätten dabei zu Orten mit einem hegemonialen Charakter geworden, der für viele die Unnahbarkeit der ehemaligen Lager und ihrer Friedhöfe eher mehren als mindern dürfte: Sie sind musterhafte Orte dessen, was statthaft und triftig gesagt werden kann, muss und darf, dessen, was zu fühlen und moralisch zu befolgen ist. Gedenkstätten geben sich dabei weitgehend hermetisch: Die Ausstellungen sind perfekt. Die Veranstaltungen: erwartbar. Diskurse, Rituale und mit den Gedenkstätten verbundenen Codes: fest etabliert. Kein Kaugummi unter den Lesetischen. Gedenkstätten sind Orte, an denen Abweichungen nicht geduldet werden, oftmals nicht einmal von den Dogmen der eigenen Arbeit, die bisweilen mit ebenso viel Verve wie Starrsinn verteidigt werden.

Gerade bei der Vermittlung des Historischen wird in Gedenkstätten auf eine Kern-erfahrung meist verzichtet, die historischer Sinnbildung zugrunde liegt: Mehrdeutigkeiten, Unklarheiten, Interpretationsbedarf – alles Anstöße zu eigener Beschäftigung statt zu passiver Wissensaufnahme, von der bekannt ist, wie sehr sie gerade in Museen und Ausstellungen scheitert. Das historische Mastermind aus Fachwissenschaftlern, Fachkommissionen und Fachjournalisten lässt dafür keinen Raum. Die Verwissenschaftlichung der Ausstellungen im Zeichen der Seriosität von historischer Forschung produziert einen Autoritätsanspruch, der von Besucherinnen und Besuchern Demut verlangt; kaum anders ist es, wenn Guides die charismatischen Effekte ihrer Erinnerungen an ehemalige Verfolgte nutzen. Nicht zuletzt setzen die multimedialen, komplexen und ungemein text- wie materialintensiven Ausstellungen Fertigkeiten voraus, die meist nur wenige mitbringen. Nicht Auseinandersetzung, sondern Abwehr durch Überforderung wird von solchen unheimlich fundierten Erlebnisarrangements befördert. Bestenfalls rufen sie Bestätigung hervor, immerhin. Doch sollten sich Gedenkstätten damit zufriedengeben? Als hermetische und hegemoniale Orte tendieren Gedenkstätten trotz bester Intentionen und redlichster Praktiken dazu, zu Gefangenen ihres eigenen Anspruchs zu werden, nicht zuletzt zu Opfern der von ihnen selbst verkörperten Empathie. Was mit dem Identifikationsbild des Überlebenden nationalsozialistischer Verbrechen spätestens seit der Jahrtausendwende zur Grundausstattung der moralischen Ikonografie geworden ist, hat längst sein Spezifikum, seinen Differenzwert in der Gegenwart für die Nachwachsenden verloren: Die zyklische Wiederbesinnung auf die Opfer des Nationalsozialismus droht in der alltäglichen Omnipräsenz von Leidenden zu verschwinden. Als programmatisches Identitätsmerkmal der Aufarbeitungsgeneration erweckt es bei Nachwachsenden Argwohn, weil moralische Botschaften aus unantastbaren Leidengeschichten abgeleitet werden. Das hat auch mit einer medialen Landschaft zu tun, die alle Formen von Gewalterfahrung im Modus humanitärer Post-Holocaust-Codes medialisiert und so Gefühle wie Abstumpfungsmechanismen der Betrachter auf vergleichbare Weise für ganz unterschiedliche historische und politische Zusammenhänge mobilisiert.

So verkörpern Gedenkstätten vor allem für die nachwachsenden Generationen das »Gute«, gegen das man nicht sein darf. Sie bestätigen viel Wichtiges, aber bewirken wenig. Sie überfordern noch nicht einmal mehr, weil das nicht gewollt ist, aber doch eigentlich an kaum einem anderen Ort näherläge als hier. Gedenkstätten bedienen so

eine Grundkonvention des Moralischen in unserer medialen Welt: Die Einblicke in das historisch Böse sind so gefiltert, dass sie ihre Betrachterinnen und Betrachter nicht aus ihrem Rhythmus und nicht aus ihrem Alltag werfen; im Gegenteil, das Bewusstsein wird mit Bildern ausgestattet, die Gewalt und Grauen nur andeuten und durch sinnstiftende Codes einhegen, unsichtbar machen. Die Besucherinnen und Besucher sind in der Regel längst schon dort, wo Gedenkstätten sie sich vorstellen. Empathische Empfindsamkeit ist keine Erfindung von Gedenkstätten, kann dort nicht gelernt werden, und ein Mangel an ihr ist kein gesellschaftliches Problem. Viel eher sind dies die verborgenen und verdrängten Dissonanzen zwischen institutionellem Anspruch und individuellen Interessen, zwischen moralischer Redlichkeit und alltäglichem Handeln.

Auch weil diese Dissonanzen in Gedenkstätten nicht zum Thema werden, erwachsen dort kaum (noch) grundlegende sozialisierende Effekte, die gerade auf Differenz, Widerspruch und auch Protest angewiesen sind. Was aber, wenn der hegemoniale und hermetische Charakter nicht nur zu einem spürbaren Unbehagen gegenüber der moralischen Erwartung führt, sondern Gedenkstätten selbst als Orte staatlicher Identifikationsansprüche und ihrer moralischen Lehren zum Objekt von Abwehr und innerem Protest werden, gerade weil sie die Staatsräson verkörpern? Wenn sie und ihr Thema gar nicht mehr als Zentrum einer moralisch-politischen Bildungskultur von den Nachwachsenden wahrgenommen, sondern eher wie ein notwendiges Übel betrachtet oder als Selbstbeglaubigungsinstanz moralischer Autoritäten abgelehnt werden? Soll dem gewehrt werden, müssen sich Gedenkstätten in der Verzeitlichung unmoralischen Handelns verorten:

Erstens darf die Vergangenheit nicht immer schon als fertige Geschichte präsentiert werden, bei der selbst in der vermeintlich »offenen« Beschäftigung mit ihr immer schon vorher klar und bestimmt ist, was historisch und moralisch herauskommen soll. Gedenkstätten und ihre Ausstellungen müssen vielmehr zu nichtlinearen Räumen der individuellen Narrative und der Entdeckung des Eigenen in der Geschichte werden. Dazu gehört das Unklare, Widersprüchliche und Lückenhafte, um das historische Wahrnehmungsbewusstsein zu schärfen. Dazu gehört auch die Schonungslosigkeit der Gewalt, der Ekel vor den gewalttätigen Mördern, die Kälte und sorgsame Lust der Verwaltungstätter, der Schock über die Aussichtslosigkeit der Betroffenen und die absolute Zerstörung menschlicher Existenz, mithin auch die Erfahrung der Grenze des Erzählens. Und dazu gehört eine Globalgeschichte genozidaler Gewalt des langen 20. Jahrhunderts: Nur so können die Besonderheiten der Verbrechen im Nationalsozialismus, bis in die Gegenwart reichende Muster eskalatorischer Gewaltregime und die Geschichte von transnationalen Ordnungen zu ihrer Vermeidung (und ihr Scheitern) thematisiert werden. Statt sich vor allem auf Empathieförderung zu konzentrieren, sollten Gedenkstätten vor allem das Wissen und das Bewusstsein dafür schärfen, wann und warum es zur kollektiven Radikalisierung antihumaner Einstellungen und Haltungen kommt. Geschichtsbewusstsein wächst nicht aus dem Gefühl des Unausweichlichen, sondern aus der Einsicht in historische Kontingenz.

Zweitens ist der Sinn für aktuelle Wahrnehmungen und eigene Erfahrungen in ihrer zeitlichen Tiefendimension zu schärfen. Angesichts des Postulats, dass in Gedenkstätten die Geschichte des Ortes und seiner Opfer im Vordergrund zu stehen hat, findet sich für die Gegenwart jedoch in der Regel kaum Zeit (geeignete Arbeitsräume gibt es dafür ohnehin kaum). Damit bleibt eine wesentliche Dimension von Geschichts-

bewusstsein und moralischer Sinnbildung auf der Strecke. Doch wo, wenn nicht an diesen Orten, sollte Raum für die Reflexion der Gegenwart in zeitlicher Perspektive geschaffen werden? Gedenkstätten als Bildungsräume sollen auch weiterhin historisches Wissen vermitteln, aber sich nicht selbst durch eine künstliche Trennung von Vergangenheit als geheiligter Erinnerung und der Gegenwart als scheinbar Minderbedeutsamem in einen Kokon der eigenen Bedeutsamkeit verspinnen, der sich aus der Bewahrung des Vergangenen legitimiert. Stattdessen sollten aktuelle und zeithistorische Gewaltkonflikte der Weltordnung, Strukturen von Ungerechtigkeit und Ungleichheit oder Überlagerungen und Konflikte von staatlichen Normen und privater Biografie in wissenschaftlicher Grundlagenarbeit und Vermittlung gezielt aufgenommen werden. Ausstellungen, auch dauerhafte, sollten zeitlich sowie thematisch umfassender und vielfältiger angelegt werden, statt sich in historischen Epochenbildern zu erschöpfen, die 1945 enden und bestenfalls noch die Nachgeschichte des Ortes selbstreferentiell beinhalten. Die Angst vor einer Relativierung durch Vergleiche oder Gegenwartsbezüge sowie ein falsch verstandener Respekt vor der Geschichte der Opfer dürfen nicht länger so paradigmatisch sein, dass die Gegenwart der Besucherinnen und Besucher aus den Gedenkstätten eskamotiert wird.

Drittens: Gedenkstätten sind als Zukunftswerkstätten weiterzuentwickeln. Erst wenn die Frage danach gestellt und daran gearbeitet wird, wie sich die Besucher ihre Zukunft gerade im Licht der an diesem Ort erfahrenen Zeitlichkeit als einer unheilvollen Geschichte vorstellen, rücken Gedenkstätten die Erinnerung in der Gegenwart in einen handlungs- und erfahrungsrelevanten Zusammenhang ihrer Besucher, der ihr Geschichtsbewusstsein im vollen Sinne als moralischen Orientierungssinn mobilisiert. Gestaltbarkeit als Herausforderung und Chance ist als ein leitendes Erkenntnisobjekt zu mobilisieren, anhand von individuellem Handeln in allen Schattierungen und seinen moralischen sowie strukturellen Grundlagen, seinen rechtlichen Möglichkeiten und Bedingtheiten ebenso wie den Folgen von Einschränkungen. Wenn die Prekarität der zivilen Gesellschaft auch darin liegt, dass sie nicht nur über weniger Handlungsmacht als Staat und Politik verfügt, sondern auch eigene Deutungshorizonte und Zukunftsvisionen entwickeln muss, dann ist es eine zentrale Aufgabe von Gedenkstätten, gerade der kritischen Reflexion von Staatsräson, politischem Handeln und den Spielräumen der Gestaltung von Gesellschaft einen Raum zu bieten und zu öffnen.

Die bisweilen durchaus harten Federn der Staatsräson sollten nicht zum Prokrustesbett von Gedenkstätten werden, die darüber ihren Anspruch auf die Mitgestaltung von Staat und Gesellschaft aufgeben. Um nicht zu Monumenten ihrer eigenen Entstehungsparadigmen zu werden und ihre Bedeutung als Katalysatoren eines kritischen Geschichtsbewusstseins zu verlieren, sollten Gedenkstätten gerade jene Selbstverständlichkeiten infrage stellen, von denen sie leben. Das sind sie den Opfern und Überlebenden schuldig, die die Zukunft ihrer Erinnerung an sie übertragen haben, nicht aber eine falsch verstandene Sakralisierung ihrer Lebensgeschichten, hinter der sich der gerade von vielen Überlebenden immer wieder eingeforderte Anspruch von aktualitätsbezogener Aufklärung und Auseinandersetzung nicht verstecken sollte.

**Prof. Dr. Habbo Knoch** war von 2007 bis 2014 Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten. Er ist Professor für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität Köln.

# Bundesweiter Zusammenschluss von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und -initiativen (FORUM) gegründet

*Andreas Ehresmann*

Nach vier Jahren Vorbereitung und intensiven Diskussionen haben Vertreterinnen und Vertreter von Landesarbeitsgemeinschaften aus Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 25. September 2014 im Rahmen der 3. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Bremen den Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften zu einem gemeinsamen bundesweiten Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland beschlossen. Bei der konstituierenden Sitzung wurden von dem freiwilligen Zusammenschluss einstimmig »Richtlinien für die Tätigkeit« vereinbart, in denen der Zweck und die Ziele des Zusammenschlusses definiert sind.

Das FORUM versteht sich »als Interessenvertretung der auf Ebene der Bundesländer konstituierten Landesarbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften oder der als Verein zusammengefassten Gedenkstätten und der Erinnerungsinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland«. Das FORUM will damit, »die in den Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen geleistete Vermittlungsarbeit fördern, bündeln und verstärken.«

Aktuell vertritt der bundesweite Zusammenschluss rund 170 Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen. Bei der Gründungsversammlung und der ersten regulären Zusammenkunft waren aber auch schon Vertreterinnen und Vertreter aus weiteren Bundesländern als Gäste anwesend, in denen Landesarbeitsgemeinschaften in Gründung sind. Die Zielsetzungen des FORUMS sind die »Förderung eines bundesweiten Erfahrungs- und Informationsaustausch der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen untereinander«, die »Kooperation mit allen relevanten Akteuren aus Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung« und die »Vertretung der Interessen der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen auf bundesweiten Gedenkstättenreffen und -konferenzen und gegenüber Politik, Medien und Wirtschaft.«

Die Vertretung des FORUMS nach außen erfolgt durch einen von dem Plenum gewählten Sprecherinnen- und Sprecherrat. Bei der konstituierenden Sitzung in Bremen wurden Rainer Stommer (Mecklenburg-Vorpommern), Kirsten John-Stucke (Nordrhein-Westfalen), Thomas Stöckle (Baden-Württemberg) und Andreas Ehresmann (Niedersachsen) zum ersten Sprecherinnen- und Sprecherrat gewählt.

## **Ein erstes Handlungsfeld: Sicherung von lokalen Dokumentenbeständen**

Ein vor allem die kleineren Gedenkstätten und Initiativen betreffendes Thema, das bei der ersten und zukünftig halbjährlich stattfindenden Sitzung des FORUMS am 30. März 2015 in Berlin besprochen wurde, ist die Sicherung und Erschließung von kleineren Dokumentenbeständen, archivarischen Sammlungen und Dokumenten. Hinlänglich bekannt ist, dass in vielen, meist aus zivilgesellschaftlichem Engagement entstandenen, kleinen Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen im Laufe der letzten Jahrzehnte oftmals bedeutende und für die Forschung durchaus relevante Bestände zusammen-

Der Sprecherinnen-  
und Sprecherrat des  
neu gegründeten  
FORUMS.  
Von links nach rechts:  
Rainer Stommer,  
Kirsten John-Stucke,  
Thomas Stöckle,  
Andreas Ehresmann



getragen wurden, diese aber kaum unter adäquaten archivarischen und konservatorischen Gesichtspunkten gelagert werden können oder verzeichnet sind. Die Provenienz der Privatbestände ist oftmals nur im Gedächtnis der Aktiven erfasst. Da aber viele derjenigen, die die Bestände seit den 1970/80er-Jahren oftmals mühsam zusammengetragen haben, einerseits als Einzelpersonen oder Kleingruppen agieren und andererseits mittlerweile auch schon in höherem Alter sind, besteht die Gefahr, dass das Wissen über die Bestände perspektivisch abhandenkommt. Einhellig wurde festgestellt, dass ein gemeinsames Handeln notwendig ist, da sonst ein unwiederbringlicher Verlust dieser regionalen Bestände, häufig auch zur eigenen Entstehungsgeschichte der Gedenkstätten und Initiativen, droht.

Nach einem überblicksartigen Zusammentragen der grundsätzlichen Archivsituation in den kleinen Gedenkstätten und Initiativen sowie in den einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften wurde darüber diskutiert, inwieweit das FORUM zukünftig Hilfestellung geben kann. Angeregt wurde beispielsweise, dass mit einem Vortrag zum Archivwesen, der gleichlautend in den verschiedenen Bundesländern angeboten wird, zunächst einmal bei den Aktiven vor Ort überhaupt über den drohenden Verlust von Archivalien und Quellen informiert und möglicherweise auch für einen gemeinsamen Standard von Sicherung, Erschließung etc. geworben werden soll.

Es wurde aber zu Recht festgestellt, dass es nicht nur einen internen Beratungsbedarf gibt und dass nur durch interne Fortbildung das Problem schon gelöst werden könne. Auch die Fachöffentlichkeit muss für die Bedeutung lokaler Klein- und Kleinstbestände und deren Erhalt sensibilisiert werden. Aber mit reiner Information ist es nicht getan. Notwendig sind letztendlich finanzielle Mittel, um in Verzeichnisprojekten die Bestände zu erfassen und dauerhaft zu sichern. Vonseiten des Sprecherinnen- und Sprecherrats des FORUMS soll versucht werden, auf Bundesebene (beispielsweise im Bundeskulturstaatsministerium) auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Möglicherweise können dann perspektivisch mit einem gemeinsamen Archivantrag Fördermittel zur Sicherung dieser Bestände akquiriert werden.

**Andreas Ehresmann** ist Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel, im Sprecherrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und im Sprecherrat des neu gegründeten FORUMS.

# Bundesweiter Zusammenschluss von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und -initiativen (FORUM) gegründet

Andreas Ehresmann

Nach vier Jahren Vorbereitung und intensiven Diskussionen haben Vertreterinnen und Vertreter von Landesarbeitsgemeinschaften aus Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 25. September 2014 im Rahmen der 3. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Bremen den Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften zu einem gemeinsamen bundesweiten Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland beschlossen. Bei der konstituierenden Sitzung wurden von dem freiwilligen Zusammenschluss einstimmig »Richtlinien für die Tätigkeit« vereinbart, in denen der Zweck und die Ziele des Zusammenschlusses definiert sind.

Das FORUM versteht sich »als Interessenvertretung der auf Ebene der Bundesländer konstituierten Landesarbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften oder der als Verein zusammengefassten Gedenkstätten und der Erinnerungsinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland«. Das FORUM will damit, »die in den Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen geleistete Vermittlungsarbeit fördern, bündeln und verstärken.«

Aktuell vertritt der bundesweite Zusammenschluss rund 170 Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen. Bei der Gründungsversammlung und der ersten regulären Zusammenkunft waren aber auch schon Vertreterinnen und Vertreter aus weiteren Bundesländern als Gäste anwesend, in denen Landesarbeitsgemeinschaften in Gründung sind. Die Zielsetzungen des FORUMS sind die »Förderung eines bundesweiten Erfahrungs- und Informationsaustausch der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen untereinander«, die »Kooperation mit allen relevanten Akteuren aus Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung« und die »Vertretung der Interessen der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen auf bundesweiten Gedenkstattentreffen und -konferenzen und gegenüber Politik, Medien und Wirtschaft.«

Die Vertretung des FORUMS nach außen erfolgt durch einen von dem Plenum gewählten Sprecherinnen- und Sprecherrat. Bei der konstituierenden Sitzung in Bremen wurden Rainer Stommer (Mecklenburg-Vorpommern), Kirsten John-Stucke (Nordrhein-Westfalen), Thomas Stöckle (Baden-Württemberg) und Andreas Ehresmann (Niedersachsen) zum ersten Sprecherinnen- und Sprecherrat gewählt.

## **Ein erstes Handlungsfeld: Sicherung von lokalen Dokumentenbeständen**

Ein vor allem die kleineren Gedenkstätten und Initiativen betreffendes Thema, das bei der ersten und zukünftig halbjährlich stattfindenden Sitzung des FORUMS am 30. März 2015 in Berlin besprochen wurde, ist die Sicherung und Erschließung von kleineren Dokumentenbeständen, archivarischen Sammlungen und Dokumenten. Hinlänglich bekannt ist, dass in vielen, meist aus zivilgesellschaftlichem Engagement entstandenen, kleinen Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen im Laufe der letzten Jahrzehnte oftmals bedeutende und für die Forschung durchaus relevante Bestände zusammen-

Der Sprecherinnen-  
und Sprecherrat des  
neu gegründeten  
FORUMS.  
Von links nach rechts:  
Rainer Stommer,  
Kirsten John-Stucke,  
Thomas Stöckle,  
Andreas Ehresmann



getragen wurden, diese aber kaum unter adäquaten archivarischen und konservatorischen Gesichtspunkten gelagert werden können oder verzeichnet sind. Die Provenienz der Privatbestände ist oftmals nur im Gedächtnis der Aktiven erfasst. Da aber viele derjenigen, die die Bestände seit den 1970/80er-Jahren oftmals mühsam zusammengetragen haben, einerseits als Einzelpersonen oder Kleingruppen agieren und andererseits mittlerweile auch schon in höherem Alter sind, besteht die Gefahr, dass das Wissen über die Bestände perspektivisch abhandenkommt. Einhellig wurde festgestellt, dass ein gemeinsames Handeln notwendig ist, da sonst ein unwiederbringlicher Verlust dieser regionalen Bestände, häufig auch zur eigenen Entstehungsgeschichte der Gedenkstätten und Initiativen, droht.

Nach einem überblicksartigen Zusammentragen der grundsätzlichen Archivsituation in den kleinen Gedenkstätten und Initiativen sowie in den einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften wurde darüber diskutiert, inwieweit das FORUM zukünftig Hilfestellung geben kann. Angeregt wurde beispielsweise, dass mit einem Vortrag zum Archivwesen, der gleichlautend in den verschiedenen Bundesländern angeboten wird, zunächst einmal bei den Aktiven vor Ort überhaupt über den drohenden Verlust von Archivalien und Quellen informiert und möglicherweise auch für einen gemeinsamen Standard von Sicherung, Erschließung etc. geworben werden soll.

Es wurde aber zu Recht festgestellt, dass es nicht nur einen internen Beratungsbedarf gibt und dass nur durch interne Fortbildung das Problem schon gelöst werden könne. Auch die Fachöffentlichkeit muss für die Bedeutung lokaler Klein- und Kleinstbestände und deren Erhalt sensibilisiert werden. Aber mit reiner Information ist es nicht getan. Notwendig sind letztendlich finanzielle Mittel, um in Verzeichnisprojekten die Bestände zu erfassen und dauerhaft zu sichern. Vonseiten des Sprecherinnen- und Sprecherrats des FORUMS soll versucht werden, auf Bundesebene (beispielsweise im Bundeskulturstaatsministerium) auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Möglicherweise können dann perspektivisch mit einem gemeinsamen Archivantrag Fördermittel zur Sicherung dieser Bestände akquiriert werden.

**Andreas Ehresmann** ist Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel, im Sprecherrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und im Sprecherrat des neu gegründeten FORUMS.

# Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«

*Peter Jahn*

Eine Binsenwahrheit vorweg: Erinnerungsorte und Gedenkstätten zur Herrschaft des Nationalsozialismus hätten ihren Zweck verfehlt, wenn sie nur auf starke Emotionen zielten. Wenigstens annäherungsweise zu begreifen, was zwischen 1933 und 1945 geschah, ist das wichtigste Ziel des Erinnerens, und die Einsicht, dass es sich trotz der wuchernden Verspielfilmung der historischen Ereignisse um die eigene Realität handelt. Das macht die Bedeutung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte aus – selbst da noch, wo 70 Jahre später ein abstrakter Ausstellungskubus an den Ort früherer NS-Herrschaft in München gesetzt wurde.

Zugleich hat Gedenken einen repräsentativen Aspekt – für einzelne Gruppen wie auch für die Vertreter des Staates auf allen Ebenen. Die zahllosen Gedenkrituale zum 70. Jahrestag haben es gerade wieder deutlich gemacht. Es war also durchaus legitim, dass nach der deutschen Vereinigung die Bundesregierung einen zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft schaffen wollte. Das Resultat war die vergrößerte Pietà der Käthe Kollwitz in der »Neuen Wache« und dort ein derart allgemeiner Text, dass er die ermordeten Juden wie die im Krieg getöteten SS-Männer in das Gedenken einschloss. Derartiges NS-Gedenken konnte nur breite Kritik auslösen und ein anderes, angemessenes Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen fordern lassen. Dass diese Kritik damals zur Forderung nach einem Ort für die ermordeten Juden Europas führte, war auf den ersten Blick verständlich und hat auch dem Gedenken an diese – in der nationalsozialistischen Vernichtungslogik zentralen Gruppe – einen herausragenden Platz gegeben. Daraus erwuchs aber die geradezu zwingende Forderung nach entsprechend repräsentativen Orten des Gedenkens für andere Opfergruppen, die sich nicht im Denkmal für die ermordeten Juden wiederfinden konnten. So folgten im Lauf der Jahre – ebenfalls im Tiergarten – die Denkmäler für die ermordeten Homosexuellen (2008), für Sinti und Roma (2012) sowie für die psychisch und körperlich behinderten Opfer der »Euthanasie«-Morde (2014).

## **NS-Lebensraumpolitik**

Seit der Einführung des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahre 1996 war es über Jahre auch das Ensemble eben dieser Gruppen, die als Opfer benannt wurden. Erst ganz allmählich ist im Laufe der letzten zehn Jahre eine andere Opfergruppe immer häufiger genannt worden, die bis dahin im Gedenken der Bundesrepublik am Rande gestanden hatte: die als »slawische Untermenschen« der deutschen Lebensraumpolitik zum Opfer Gefallenen. Wahrgenommen wurden sie durchaus in ihren Teilgruppen: So die eine Million Einwohner Leningrads, die die Belagerung der Stadt nicht überlebten (die Belagerer hatten den Tod aller drei Millionen Einwohner vorgesehen) in der Gedenksitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2014, so die mehr als drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die verhungerten oder erschossen wurden, in der Rede des Bundespräsidenten zum 70. Jahrestag der Befreiung im Mai 2015. Dass diese großen Opfergruppen ebenso wie große Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung Polens und der Sowjetunion nicht einfach bedauerliche

Kriegsopfer waren, sondern als »rassisch minderwertige« Slawen und »überflüssige Esser« in Millionenzahl sterben sollten, rückte in den Hintergrund.

Dabei ist schon früh, etwa von Andreas Hillgruber, deutlich gemacht worden, dass nach dem Ziel der Judenvernichtung die Eroberung von »Lebensraum im Osten« unter Vernichtung und Vertreibung der slawischen Bevölkerung das zweite zentrale Axiom nationalsozialistischer Ideologie und Politik war. In der Frontstellung des Kalten Krieges war das jedoch in der Bundesrepublik jahrzehntelang ein verdrängtes Thema, und die historische Forschung hat sich, beginnend 1978 mit der Untersuchung Christian Streits über die Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen, erst spät dieser Politik und ihren Opfern zugewandt. Seitdem hat die Forschung unser Wissen über die nur schwer fassbare Dimension der deutschen Mordpolitik in Polen und der Sowjetunion enorm erweitert, und davon ist auch ein Teil in das gesellschaftliche Bewusstsein übergegangen. Trotzdem zählen diese Verbrechen in der deutschen Öffentlichkeit noch immer nicht zu den zentralen Merkmalen des Nationalsozialismus. Wenn etwa die Posener Rede Heinrich Himmlers erwähnt wird, so ist sie mit Sicherheit auf den Satz über den Anstand der SS-Mörder angesichts von hunderten ermordeten Juden fokussiert. Unbeachtet bleibt meist, dass diese Rede viel ausführlicher vom tierartigen Charakter des Slawen handelt und eine Kernaussage lautet: »Ob bei dem Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.«<sup>2</sup>

Die Vernichtung der Bevölkerung Polens und der Sowjetunion wurde ähnlich wie der Völkermord an den Juden zum größten Teil jenseits der deutschen Grenzen ausgeführt. Nur ein Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde nach Deutschland verbracht und starb auf deutschem Boden. Für sie finden sich auch Gedenkstätten an den Orten ihres Sterbens, vor allem des massenhaften Hungertodes in den Kriegsgefangenenlagern (»Russenslagern«). Als Gedenkstätten sind sie bis heute weitgehend Sache engagierter Bürgerbewegungen und wurden erst sehr spät finanziell unterstützt. In den KZ-Gedenkstätten finden wir die sowjetischen Kriegsgefangenen als eine der in den Konzentrationslagern ermordeten Häftlingsgruppen. So ist das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst der einzige Ort in Deutschland, an dem an deutsche Lebensraumpolitik und Vernichtung der Bevölkerung in Osteuropa in einer komplexen und zusammenhängen Darstellung erinnert wird – verdichtet auf einer für dieses Thema kleinen Fläche, da der andere Teil des Museums als authentischer Ort der Kapitulation der deutschen Wehrmacht das Kriegsende in Europa zum Thema hat.

Der Gedanke, dass, wer A sagt, auch weiterbuchstabieren müsse, dass die Abwesenheit einer nach Millionen zählenden Opfergruppe im Ensemble der NS-Gedenkorte des Tiergartens auch eine Aussage über die eigene Sicht auf diese Opfergruppe ist und dass nicht erst die Lobbyarbeit Betroffener uns zum Handeln bewegen sollte, hat 2013 eine Initiative angestoßen, die einen Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik fordert:

### **Auruf für ein Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa im Berliner Tiergarten, März 2013**

Seit zwanzig Jahren wird für eine immer breitere Öffentlichkeit in der Bundesrepublik deutlich, dass außer den Millionen jüdischer Opfer, die im Zentrum der nationalsozialistischen Mordpolitik standen, weitere Millionen Menschen in Osteuropa Opfer



Plakataktion »Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben« am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, Sept. 2014  
Fotos: Daniel Ziemer

Gedenklesung mit Jutta Weduwen (Geschäftsführerin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste), Ulrike Trautwein (Evangelische General-superintendentin), Schauspieler Ulrich Matthes und Publizistin Lea Rosh, September 2014

der NS-Vernichtungspolitik wurden. Diese Einwohner Polens und der Sowjetunion wurden entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie als »rassisch minderwertige« Slawen zu einer rechtlosen Masse erklärt, die millionenfach getötet oder nach Osten vertrieben werden sollte. Rassismus und Lebensraumideologie bestimmten Kriegführung und Besatzungsherrschaft.

Schon 1939 wurden Angehörige der polnischen Bildungsschicht in Konzentrationslager verbracht oder erschossen. Die Kriegsplanung sah 1941 für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass »mehrere zehn Millionen« verhungern sollten. Zuerst realisiert wurde diese Planung an den sowjetischen Kriegsgefangenen – im ersten Kriegsjahr starben zwei von drei Millionen Gefangenen. Zehntausende von ihnen wurden ausgesondert und nach den Richtlinien des »Kommissarbefehls« direkt hinter der Front erschossen oder in den Konzentrationslagern ermordet. Mehr als drei Millionen Gefangene überlebten den Krieg nicht.

800 000 Leningrader verhungerten durch die deutsche Blockade, die Planung hatte den Tod aller drei Millionen Einwohner der Stadt vorgesehen. In Polen und der Sowjetunion wurden hunderte Dörfer samt ihren Einwohnern bei Anzeichen auch nur geringen Widerstandes vernichtet. In systematisch leegeraubten »Kahlfraßzonen« wurden in der Sowjetunion Hunderttausende dem Hungertod überantwortet. Beim Warschauer Aufstand 1944 wurden wahllos mehr als hunderttausend unbewaffnete Einwohner erschossen, 600 000 Menschen wurden deportiert.

All dies wurde in der Konfrontation des Kalten Krieges verschwiegen oder als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Unterdrückt blieb das Wissen, dass ein Massenmord an Millionen Menschen mit Vorbedacht geplant und ausgeführt wurde. Diese Opfer wurden in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Gedächtnis an die Verbrechen des Nationalsozialismus weitgehend ausgeschlossen.

Erinnern wir an sie! Schaffen wir dort, wo Denkmäler an andere Opfer des Nationalsozialismus erinnern, im Berliner Tiergarten, einen Erinnerungsort für diese Millionen. Das uns bis heute fremd gebliebene Denkmal für die im Kampf gegen die NS-Herrschaft gefallenen Rotarmisten aus dem Jahre 1945 soll sinnvoll ergänzt werden. Errichten wir gegenüber, auf der anderen Seite der Straße des 17. Juni, einen Ort zur Erinnerung und zum Gedenken an diese vielen Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

### **Podiumsdiskussion zum Thema: »Slawen« – Eine verdrängte Opfergruppe?**

Über den Aufruf und seine inhaltlichen Implikationen wurde bei einer Podiumsdiskussion in der Stiftung Topographie des Terrors am 20. Mai 2014 öffentlich debattiert.<sup>1</sup>

Notwendig ist eine differenziertere Erinnerung an die osteuropäischen Opfer der deutschen Vernichtungspolitik 1939 bis 1945. Über diesen Appell waren sich namhafte Historiker aus Deutschland, Russland und Polen einig. Warum die polnischen und sowjetischen Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der heutigen deutschen Erinnerung kaum präsent sind, wurde dargelegt – und auf welchen Wegen sie aus dem weitgehenden Vergessen gelöst werden können.

Unter der Moderation von Prof. Dr. Andreas Nachama diskutierten vor rund 200 Besuchern Dr. Peter Jahn, bis 2006 Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, Prof. Dr. Reinhard Rürup, em. Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr. Robert Traba, Direktor des Zentrums für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Ekaterina Makhotina,



Podiumsdiskussion im Auditorium der Stiftung Topographie des Terrors im Mai 2014. Foto: Jürgen Kramer

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität München und Dr. Jürgen Zarusky, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München.

#### »Vernichtungskrieg sui generis«

Peter Jahn, Gründer der Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«, erläuterte in einer einführenden Rede, welche unterschiedlichen Personengruppen 1939 bis 1945 Opfer von NS-Verbrechen in Mittel- und Osteuropa wurden. Zu den größten Opfergruppen zählte er u.a. sowjetische Kriegsgefangene, die Einwohner Leningrads und weiterer sowjetischer Städte und Regionen, weißrussische und ukrainische Dorfbewohner, Angehörige der polnischen Bildungsschicht, die Zivilbevölkerung beim Warschauer Aufstand 1944. Er konzentrierte sich dabei auf Mordopfer: Millionen wehrloser Menschen, die außerhalb militärischer Kampfhandlungen gezielt getötet oder deren Sterben billigend in Kauf genommen worden sei. Die »Beräumung« der Regionen im Namen eines »deutschen Lebensraumes«, d.h. die Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen, sei das wichtigste deutsche Kriegsziel im Osten gewesen.

Auch der Historiker Reinhard Rürup betonte, dass das deutsche Militär schon vor Beginn des Russlandfeldzuges die Vernichtung großer Teile der Bevölkerung einkalkuliert hatte: »Es war eindeutig. Man handelte mit Vorsatz.« Die Menschen seien schlicht als »überflüssig« bezeichnet worden. Er verwies auf die klar unterschiedliche Kriegsführung in Ost- und Westeuropa und darauf, dass etwa 60% der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam ums Leben gekommen seien, während die Todesrate bei den englischen und amerikanischen Gefangenen bei 4% gelegen habe. Ekaterina Makhotina von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität sprach von einem »Vernichtungskrieg sui generis«.

#### Fehlender öffentlicher Diskurs in Deutschland

Der Kalte Krieg habe den Diskurs über die deutschen Verbrechen in Osteuropa in Westdeutschland eingefroren und die Erinnerung an die Opfer zurückgedrängt, sagte Jürgen Zarusky. Und man solle keinesfalls glauben, dass in den letzten zwei Jahrzeh-

ten dieser Rückstand aufgeholt worden sei. Vor allem fehle ein Perspektivenwechsel: Viel zu wenig Interesse bestünde in Deutschland an den polnischen, russischen oder ukrainischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Bis heute gebe es beispielsweise keine neue Fassung des berühmten »Blockadebuchs« von Daniil Granin, man müsse weiterhin antiquarisch auf die DDR-Ausgaben zurückgreifen. Reinhard Rürup verwies dagegen auf das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlsdorf, das über diesen Aspekt des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges anhand von Multiperspektivität sowie der Empathie zu den Opfern informiere.

Mehrere Wortmeldungen aus dem Publikum verwiesen darauf, dass die NS-Lebensraumpolitik und ihre Opfer in der ehemaligen DDR sehr viel detaillierter thematisiert worden seien. Historiker und Journalisten der Bundesrepublik Deutschland hätten diesen Aspekt der Geschichte hingegen regelrecht gemieden, um der DDR kein Raum für deren Propaganda zu geben. Im Gegensatz zur deutschen Erinnerungslandschaft, so Jürgen Zarusky, stünden in den osteuropäischen Staaten die Opfer aus dem eigenen Land im Vordergrund. Gerade in Russland, so ergänzte Ekaterina Makhotina, werde der »Große Vaterländische Krieg« bis heute an erster Stelle als Sieg dargestellt. Die Themen Kriegsgefangene, Zivilopfer und politische Gewalt blieben dagegen außen vor und die Einbettung in einen größeren Kontext fehle.

#### Empathie für die Opfer

Robert Traba betonte, dass in Deutschland zu viel Gleichgültigkeit zum Thema herrsche und stellte die Frage, wie man eine nachhaltige öffentliche Debatte anstoßen könne. Ein entscheidender Aspekt sei, so Ekaterina Makhotina, Empathie für die Opfer der Verbrechen zu vermitteln. Diese gebe es in Deutschland für osteuropäische Opfer bisher kaum. Auf dem Podium wurde gefragt, inwieweit dies von einem Denkmal oder einem Erinnerungsort gewährleistet werden könne, oder wie man über Zeitungen, Schulbücher und Kurse an Universitäten wirken müsse.

#### Definition der Opfergruppen für einen Gedenkort

In der Diskussion kam immer wieder die Forderung nach einer genaueren Definition der Opfergruppen zur Sprache, an die ein möglicher Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik erinnern solle. Reinhard Rürup betonte, dass Erinnerungsorte nur dann wirken könnten, wenn Menschen eine genaue Vorstellung davon hätten, an wen dort gedacht werde. Der im Titel der Podiumsdiskussion verwendete Sammelbegriff »Slawen« wurde vom Podium jedoch als ideologisch besetzt und thematisch unscharf verworfen. Jürgen Zarusky betonte, dass die Nationalsozialisten keine einheitliche Politik gegenüber den osteuropäischen, »slawischen« Staaten verfolgt hätten und verwies auf die Bündnispolitik gegenüber Bulgarien, Slowakei und dem kroatischen Ustascha-Staat. Hier werde ein Unterschied zwischen der NS-Ideologie des »Antislawismus« und der konkreten nationalsozialistischen Planung vom »Lebensraum im Osten« deutlich.

Robert Traba warnte vor einer Konkurrenz der Opfer und einer Debatte entlang von Nation oder Ethnie, wer am stärksten gelitten oder die meisten Opfer zu beklagen habe. Zudem kritisierte er die von Peter Jahn vorgeschlagene Trennung von Kriegs- und Mordopfern. Beide Gruppen seien als Opfer der Besatzungsherrschaft zu sehen.

Ekaterina Makhotina schlug vor, das Denkmal zu einem Ort des humanistischen Gedenkens zu entwickeln, der die unterschiedlichen Opfergruppen nicht in Konkurrenz

zueinander stellt. Oder es könne ein Lernort werden, der Informationen weitergibt und aufklärt. Für ein Denkmal sei nicht zuletzt eine Erinnerungsgemeinschaft wichtig, die ihre Interessen deutlich vertrete, erklärte sie.

Insgesamt waren sich die Diskutierenden darin einig, dass das Definitionsproblem der Opfergruppen nicht vom eigentlichen Anliegen ablenken dürfe. Die Verbrechen gegenüber polnischen und sowjetischen Bürgern müssten in der deutschen Erinnerung künftig einen viel zentraleren Platz einnehmen.

Der Moderator der Podiumsdiskussion, der Direktor der Topographie des Terrors Andreas Nachama, schloss die Veranstaltung mit dem erneuten Aufruf, die Empathie mit den Opfern zu fördern: »Rufen wir die Namen und Gesichter, Leben und Leiden der einzelnen Opfer ins öffentliche Bewusstsein.«

### **Unterstützung für den Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa**

Der von dreißig Wissenschaftlern, Politikern und Künstlern unterzeichnete Aufruf fand Zustimmung und Unterstützung. Unter [www.gedenkort-lebensraumpolitik.de](http://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de) informiert die Initiative über ihre Ziele und Veranstaltungen, darunter ab Ende Mai 2015 eine Veranstaltungsreihe in Berlin zu den verschiedenen Opfergruppen der NS-Lebensraumpolitik. Der Arbeitskreis der Berlin-Brandenburgischen NS-Gedenkstätten hat sich für die Forderung der Initiative ausgesprochen, und in einer Diskussionsrunde von Berliner und Brandenburgischen Gedenkstätten und Organisationen der politischen Bildung erhält die Initiative kritische Unterstützung.

Die im Kulturausschuss des letzten Bundestages vertretenen Oppositionsparteien Grüne, Linke und SPD antworteten 2013 zustimmend auf die Forderung nach Schaffung eines solchen Gedenkortes, FDP und CDU sahen keinen Grund für einen Ort des Gedenkens im Tiergarten, habe man doch in den existierenden Gedenkstätten und vor allem mit dem Museum in Karlshorst ausreichend Gedenkort. Nun ist das Museum in Karlshorst ohne Zweifel in Deutschland der zentrale Ort, an dem die Verbrechen der rassistischen Lebensraumpolitik in ihrem Kontext dargestellt werden. Aufklärung findet der Besucher hier gewiss, aber die Leerstelle im Tiergarten wird damit keineswegs gefüllt.

Als Auslöser der Initiative stelle ich unsere Forderung hiermit zur Diskussion, für die ich gern zur Verfügung stehe. Zugleich bitte ich darum, die Unterstützung, die ich von den Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten erhalten habe, auch bundesweit zu bekommen: Es soll ja geballter Sachverstand durchaus in der Lage sein, die Trägheit der politischen Instanzen zu überwinden.

**Dr. Peter Jahn** ist Historiker und Slawist Er war von 1995 bis 2006 der erste Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst.

Weitere Informationen: [www.gedenkort-lebensraumpolitik.de](http://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de)

1 Die Podiumsdiskussion wurde von Greta Wilde im Rahmen eines Praktikums im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors zusammengefasst. Daniel Ziemer, Mitarbeiter der Initiative, hat ihren Text überarbeitet und ergänzt.

2 IMT, Bd. 29, S.123

# Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«

*Peter Jahn*

Eine Binsenwahrheit vorweg: Erinnerungsorte und Gedenkstätten zur Herrschaft des Nationalsozialismus hätten ihren Zweck verfehlt, wenn sie nur auf starke Emotionen zielten. Wenigstens annäherungsweise zu begreifen, was zwischen 1933 und 1945 geschah, ist das wichtigste Ziel des Erinnerns, und die Einsicht, dass es sich trotz der wuchernden Verspielfilmung der historischen Ereignisse um die eigene Realität handelt. Das macht die Bedeutung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte aus – selbst da noch, wo 70 Jahre später ein abstrakter Ausstellungskubus an den Ort früherer NS-Herrschaft in München gesetzt wurde.

Zugleich hat Gedenken einen repräsentativen Aspekt – für einzelne Gruppen wie auch für die Vertreter des Staates auf allen Ebenen. Die zahllosen Gedenkrituale zum 70. Jahrestag haben es gerade wieder deutlich gemacht. Es war also durchaus legitim, dass nach der deutschen Vereinigung die Bundesregierung einen zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft schaffen wollte. Das Resultat war die vergrößerte Pietà der Käthe Kollwitz in der »Neuen Wache« und dort ein derart allgemeiner Text, dass er die ermordeten Juden wie die im Krieg getöteten SS-Männer in das Gedenken einschloss. Derartiges NS-Gedenken konnte nur breite Kritik auslösen und ein anderes, angemessenes Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen fordern lassen. Dass diese Kritik damals zur Forderung nach einem Ort für die ermordeten Juden Europas führte, war auf den ersten Blick verständlich und hat auch dem Gedenken an diese – in der nationalsozialistischen Vernichtungslogik zentralen Gruppe – einen herausragenden Platz gegeben. Daraus erwuchs aber die geradezu zwingende Forderung nach entsprechend repräsentativen Orten des Gedenkens für andere Opfergruppen, die sich nicht im Denkmal für die ermordeten Juden wiederfinden konnten. So folgten im Lauf der Jahre – ebenfalls im Tiergarten – die Denkmäler für die ermordeten Homosexuellen (2008), für Sinti und Roma (2012) sowie für die psychisch und körperlich behinderten Opfer der »Euthanasie«-Morde (2014).

## **NS-Lebensraumpolitik**

Seit der Einführung des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahre 1996 war es über Jahre auch das Ensemble eben dieser Gruppen, die als Opfer benannt wurden. Erst ganz allmählich ist im Laufe der letzten zehn Jahre eine andere Opfergruppe immer häufiger genannt worden, die bis dahin im Gedenken der Bundesrepublik am Rande gestanden hatte: die als »slawische Untermenschen« der deutschen Lebensraumpolitik zum Opfer Gefallenen. Wahrgenommen wurden sie durchaus in ihren Teilgruppen: So die eine Million Einwohner Leningrads, die die Belagerung der Stadt nicht überlebten (die Belagerer hatten den Tod aller drei Millionen Einwohner vorgesehen) in der Gedenksitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2014, so die mehr als drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die verhungerten oder erschossen wurden, in der Rede des Bundespräsidenten zum 70. Jahrestag der Befreiung im Mai 2015. Dass diese großen Opfergruppen ebenso wie große Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung Polens und der Sowjetunion nicht einfach bedauerliche

Kriegsopfer waren, sondern als »rassisch minderwertige« Slawen und »überflüssige Esser« in Millionenzahl sterben sollten, rückte in den Hintergrund.

Dabei ist schon früh, etwa von Andreas Hillgruber, deutlich gemacht worden, dass nach dem Ziel der Judenvernichtung die Eroberung von »Lebensraum im Osten« unter Vernichtung und Vertreibung der slawischen Bevölkerung das zweite zentrale Axiom nationalsozialistischer Ideologie und Politik war. In der Frontstellung des Kalten Krieges war das jedoch in der Bundesrepublik jahrzehntelang ein verdrängtes Thema, und die historische Forschung hat sich, beginnend 1978 mit der Untersuchung Christian Streits über die Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen, erst spät dieser Politik und ihren Opfern zugewandt. Seitdem hat die Forschung unser Wissen über die nur schwer fassbare Dimension der deutschen Mordpolitik in Polen und der Sowjetunion enorm erweitert, und davon ist auch ein Teil in das gesellschaftliche Bewusstsein übergegangen. Trotzdem zählen diese Verbrechen in der deutschen Öffentlichkeit noch immer nicht zu den zentralen Merkmalen des Nationalsozialismus. Wenn etwa die Posener Rede Heinrich Himmlers erwähnt wird, so ist sie mit Sicherheit auf den Satz über den Anstand der SS-Mörder angesichts von hunderten ermordeten Juden fokussiert. Unbeachtet bleibt meist, dass diese Rede viel ausführlicher vom tierartigen Charakter des Slawen handelt und eine Kernaussage lautet: »Ob bei dem Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.«<sup>2</sup>

Die Vernichtung der Bevölkerung Polens und der Sowjetunion wurde ähnlich wie der Völkermord an den Juden zum größten Teil jenseits der deutschen Grenzen ausgeführt. Nur ein Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde nach Deutschland verbracht und starb auf deutschem Boden. Für sie finden sich auch Gedenkstätten an den Orten ihres Sterbens, vor allem des massenhaften Hungertodes in den Kriegsgefangenenlagern (»Russenlagern«). Als Gedenkstätten sind sie bis heute weitgehend Sache engagierter Bürgerbewegungen und wurden erst sehr spät finanziell unterstützt. In den KZ-Gedenkstätten finden wir die sowjetischen Kriegsgefangenen als eine der in den Konzentrationslagern ermordeten Häftlingsgruppen. So ist das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst der einzige Ort in Deutschland, an dem an deutsche Lebensraumpolitik und Vernichtung der Bevölkerung in Osteuropa in einer komplexen und zusammenhängen Darstellung erinnert wird – verdichtet auf einer für dieses Thema kleinen Fläche, da der andere Teil des Museums als authentischer Ort der Kapitulation der deutschen Wehrmacht das Kriegsende in Europa zum Thema hat.

Der Gedanke, dass, wer A sagt, auch weiterbuchstabieren müsse, dass die Abwesenheit einer nach Millionen zählenden Opfergruppe im Ensemble der NS-Gedenkorte des Tiergartens auch eine Aussage über die eigene Sicht auf diese Opfergruppe ist und dass nicht erst die Lobbyarbeit Betroffener uns zum Handeln bewegen sollte, hat 2013 eine Initiative angestoßen, die einen Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik fordert:

#### **Auruf für ein Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa im Berliner Tiergarten, März 2013**

Seit zwanzig Jahren wird für eine immer breitere Öffentlichkeit in der Bundesrepublik deutlich, dass außer den Millionen jüdischer Opfer, die im Zentrum der nationalsozialistischen Mordpolitik standen, weitere Millionen Menschen in Osteuropa Opfer



Plakataktion »Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben« am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, Sept. 2014  
 Fotos: Daniel Zierner

Gedenklesung mit  
 Jutta Weduwen  
 (Geschäftsführerin der  
 Aktion Sühnezeichen  
 Friedensdienste),  
 Ulrike Trautwein  
 (Evangelische General-  
 superintendentin),  
 Schauspieler  
 Ulrich Matthes und  
 Publizistin Lea Rosh,  
 September 2014



der NS-Vernichtungspolitik wurden. Diese Einwohner Polens und der Sowjetunion wurden entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie als »rassisch minderwertige« Slawen zu einer rechtlosen Masse erklärt, die millionenfach getötet oder nach Osten vertrieben werden sollte. Rassismus und Lebensraumideologie bestimmten Kriegführung und Besatzungsherrschaft.

Schon 1939 wurden Angehörige der polnischen Bildungsschicht in Konzentrationslager verbracht oder erschossen. Die Kriegsplanung sah 1941 für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass »mehrere zehn Millionen« verhungern sollten. Zuerst realisiert wurde diese Planung an den sowjetischen Kriegsgefangenen – im ersten Kriegsjahr starben zwei von drei Millionen Gefangenen. Zehntausende von ihnen wurden ausgesondert und nach den Richtlinien des »Kommissarbefehls« direkt hinter der Front erschossen oder in den Konzentrationslagern ermordet. Mehr als drei Millionen Gefangene überlebten den Krieg nicht.

800 000 Leningrader verhungerten durch die deutsche Blockade, die Planung hatte den Tod aller drei Millionen Einwohner der Stadt vorgesehen. In Polen und der Sowjetunion wurden hunderte Dörfer samt ihren Einwohnern bei Anzeichen auch nur geringen Widerstandes vernichtet. In systematisch leergeraubten »Kahlfraßzonen« wurden in der Sowjetunion Hunderttausende dem Hungertod überantwortet. Beim Warschauer Aufstand 1944 wurden wahllos mehr als hunderttausend unbewaffnete Einwohner erschossen, 600 000 Menschen wurden deportiert.

All dies wurde in der Konfrontation des Kalten Krieges verschwiegen oder als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Unterdrückt blieb das Wissen, dass ein Massenmord an Millionen Menschen mit Vorbedacht geplant und ausgeführt wurde. Diese Opfer wurden in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Gedächtnis an die Verbrechen des Nationalsozialismus weitgehend ausgeschlossen.

Erinnern wir an sie! Schaffen wir dort, wo Denkmäler an andere Opfer des Nationalsozialismus erinnern, im Berliner Tiergarten, einen Erinnerungsort für diese Millionen. Das uns bis heute fremd gebliebene Denkmal für die im Kampf gegen die NS-Herrschaft gefallenen Rotarmisten aus dem Jahre 1945 soll sinnvoll ergänzt werden. Errichten wir gegenüber, auf der anderen Seite der Straße des 17. Juni, einen Ort zur Erinnerung und zum Gedenken an diese vielen Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

#### **Podiumsdiskussion zum Thema: ›Slawen‹ – Eine verdrängte Opfergruppe?**

Über den Aufruf und seine inhaltlichen Implikationen wurde bei einer Podiumsdiskussion in der Stiftung Topographie des Terrors am 20. Mai 2014 öffentlich debattiert.<sup>1</sup>

Notwendig ist eine differenziertere Erinnerung an die osteuropäischen Opfer der deutschen Vernichtungspolitik 1939 bis 1945. Über diesen Appell waren sich namhafte Historiker aus Deutschland, Russland und Polen einig. Warum die polnischen und sowjetischen Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der heutigen deutschen Erinnerung kaum präsent sind, wurde dargelegt – und auf welchen Wegen sie aus dem weitgehenden Vergessen gelöst werden können.

Unter der Moderation von Prof. Dr. Andreas Nachama diskutierten vor rund 200 Besuchern Dr. Peter Jahn, bis 2006 Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, Prof. Dr. Reinhard Rürup, em. Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr. Robert Traba, Direktor des Zentrums für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Ekaterina Makhotina,



Podiumsdiskussion im Auditorium der Stiftung Topographie des Terrors im Mai 2014. Foto: Jürgen Kramer

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität München und Dr. Jürgen Zarusky, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München.

#### »Vernichtungskrieg sui generis«

Peter Jahn, Gründer der Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik«, erläuterte in einer einführenden Rede, welche unterschiedlichen Personengruppen 1939 bis 1945 Opfer von NS-Verbrechen in Mittel- und Osteuropa wurden. Zu den größten Opfergruppen zählte er u.a. sowjetische Kriegsgefangene, die Einwohner Leningrads und weiterer sowjetischer Städte und Regionen, weißrussische und ukrainische Dorfbewohner, Angehörige der polnischen Bildungsschicht, die Zivilbevölkerung beim Warschauer Aufstand 1944. Er konzentrierte sich dabei auf Mordopfer: Millionen wehrloser Menschen, die außerhalb militärischer Kampfhandlungen gezielt getötet oder deren Sterben billigend in Kauf genommen worden sei. Die »Beräumung« der Regionen im Namen eines »deutschen Lebensraumes«, d.h. die Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen, sei das wichtigste deutsche Kriegsziel im Osten gewesen.

Auch der Historiker Reinhard Rürup betonte, dass das deutsche Militär schon vor Beginn des Russlandfeldzuges die Vernichtung großer Teile der Bevölkerung einkalkuliert hatte: »Es war eindeutig. Man handelte mit Vorsatz.« Die Menschen seien schlicht als »überflüssig« bezeichnet worden. Er verwies auf die klar unterschiedliche Kriegführung in Ost- und Westeuropa und darauf, dass etwa 60% der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam ums Leben gekommen seien, während die Todesrate bei den englischen und amerikanischen Gefangenen bei 4% gelegen habe. Ekaterina Makhotina von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität sprach von einem »Vernichtungskrieg sui generis«.

#### Fehlender öffentlicher Diskurs in Deutschland

Der Kalte Krieg habe den Diskurs über die deutschen Verbrechen in Osteuropa in Westdeutschland eingefroren und die Erinnerung an die Opfer zurückgedrängt, sagte Jürgen Zarusky. Und man solle keinesfalls glauben, dass in den letzten zwei Jahrzehn-

ten dieser Rückstand aufgeholt worden sei. Vor allem fehle ein Perspektivenwechsel: Viel zu wenig Interesse bestünde in Deutschland an den polnischen, russischen oder ukrainischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Bis heute gebe es beispielsweise keine neue Fassung des berühmten »Blockadebuchs« von Daniil Granin, man müsse weiterhin antiquarisch auf die DDR-Ausgaben zurückgreifen. Reinhard Rürup verwies dagegen auf das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst, das über diesen Aspekt des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges anhand von Multiperspektivität sowie der Empathie zu den Opfern informiere.

Mehrere Wortmeldungen aus dem Publikum wiesen darauf, dass die NS-Lebensraumpolitik und ihre Opfer in der ehemaligen DDR sehr viel detaillierter thematisiert worden seien. Historiker und Journalisten der Bundesrepublik Deutschland hätten diesen Aspekt der Geschichte hingegen regelrecht gemieden, um der DDR kein Raum für deren Propaganda zu geben. Im Gegensatz zur deutschen Erinnerungslandschaft, so Jürgen Zarusky, stünden in den osteuropäischen Staaten die Opfer aus dem eigenen Land im Vordergrund. Gerade in Russland, so ergänzte Ekaterina Makhotina, werde der »Große Vaterländische Krieg« bis heute an erster Stelle als Sieg dargestellt. Die Themen Kriegsgefangene, Zivilopfer und politische Gewalt blieben dagegen außen vor und die Einbettung in einen größeren Kontext fehle.

#### Empathie für die Opfer

Robert Traba betonte, dass in Deutschland zu viel Gleichgültigkeit zum Thema herrsche und stellte die Frage, wie man eine nachhaltige öffentliche Debatte anstoßen könne. Ein entscheidender Aspekt sei, so Ekaterina Machotina, Empathie für die Opfer der Verbrechen zu vermitteln. Diese gebe es in Deutschland für osteuropäische Opfer bisher kaum. Auf dem Podium wurde gefragt, inwieweit dies von einem Denkmal oder einem Erinnerungsort gewährleistet werden könne, oder wie man über Zeitungen, Schulbücher und Kursen an Universitäten wirken müsse.

#### Definition der Opfergruppen für einen Gedenkort

In der Diskussion kam immer wieder die Forderung nach einer genaueren Definition der Opfergruppen zur Sprache, an die ein möglicher Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik erinnern solle. Reinhard Rürup betonte, dass Erinnerungsorte nur dann wirken könnten, wenn Menschen eine genaue Vorstellung davon hätten, an wen dort gedacht werde. Der im Titel der Podiumsdiskussion verwendete Sammelbegriff »Slawen« wurde vom Podium jedoch als ideologisch besetzt und thematisch unscharf verworfen. Jürgen Zarusky betonte, dass die Nationalsozialisten keine einheitliche Politik gegenüber den osteuropäischen, »slawischen« Staaten verfolgt hätten und verwies auf die Bündnispolitik gegenüber Bulgarien, Slowakei und dem kroatischen Ustascha-staat. Hier werde ein Unterschied zwischen der NS-Ideologie des »Antislawismus« und der konkreten nationalsozialistischen Planung vom »Lebensraum im Osten« deutlich.

Robert Traba warnte vor einer Konkurrenz der Opfer und einer Debatte entlang von Nation oder Ethnie, wer am stärksten gelitten oder die meisten Opfer zu beklagen habe. Zudem kritisierte er die von Peter Jahn vorgeschlagene Trennung von Kriegs- und Mordopfern. Beide Gruppen seien als Opfer der Besatzungsherrschaft zu sehen.

Ekaterina Makhotina schlug vor, das Denkmal zu einem Ort des humanistischen Gedenkens zu entwickeln, der die unterschiedlichen Opfergruppen nicht in Konkurrenz

zueinander stellt. Oder es könne ein Lernort werden, der Informationen weitergibt und aufklärt. Für ein Denkmal sei nicht zuletzt eine Erinnerungsgemeinschaft wichtig, die ihre Interessen deutlich vertrete, erklärte sie.

Insgesamt waren sich die Diskutierenden darin einig, dass das Definitionsproblem der Opfergruppen nicht vom eigentlichen Anliegen ablenken dürfe. Die Verbrechen gegenüber polnischen und sowjetischen Bürgern müssten in der deutschen Erinnerung künftig einen viel zentraleren Platz einnehmen.

Der Moderator der Podiumsdiskussion, der Direktor der Topographie des Terrors Andreas Nachama, schloss die Veranstaltung mit dem erneuten Aufruf, die Empathie mit den Opfern zu fördern: »Rufen wir die Namen und Gesichter, Leben und Leiden der einzelnen Opfer ins öffentliche Bewusstsein.«

### **Unterstützung für den Aufruf für einen Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Lebensraumpolitik in Osteuropa**

Der von dreißig Wissenschaftlern, Politikern und Künstlern unterzeichnete Aufruf fand Zustimmung und Unterstützung. Unter [www.gedenkort-lebensraumpolitik.de](http://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de) informiert die Initiative über ihre Ziele und Veranstaltungen, darunter ab Ende Mai 2015 eine Veranstaltungsreihe in Berlin zu den verschiedenen Opfergruppen der NS-Lebensraumpolitik. Der Arbeitskreis der Berlin-Brandenburgischen NS-Gedenkstätten hat sich für die Forderung der Initiative ausgesprochen, und in einer Diskussionsrunde von Berliner und Brandenburgischen Gedenkstätten und Organisationen der politischen Bildung erhält die Initiative kritische Unterstützung.

Die im Kulturausschuss des letzten Bundestages vertretenen Oppositionsparteien Grüne, Linke und SPD antworteten 2013 zustimmend auf die Forderung nach Schaffung eines solchen Gedenkortes, FDP und CDU sahen keinen Grund für einen Ort des Gedenkens im Tiergarten, habe man doch in den existierenden Gedenkstätten und vor allem mit dem Museum in Karlshorst ausreichend Gedenkort. Nun ist das Museum in Karlshorst ohne Zweifel in Deutschland der zentrale Ort, an dem die Verbrechen der rassistischen Lebensraumpolitik in ihrem Kontext dargestellt werden. Aufklärung findet der Besucher hier gewiss, aber die Leerstelle im Tiergarten wird damit keineswegs gefüllt.

Als Auslöser der Initiative stelle ich unsere Forderung hiermit zur Diskussion, für die ich gern zur Verfügung stehe. Zugleich bitte ich darum, die Unterstützung, die ich von den Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten erhalten habe, auch bundesweit zu bekommen: Es soll ja geballter Sachverstand durchaus in der Lage sein, die Trägheit der politischen Instanzen zu überwinden.

**Dr. Peter Jahn** ist Historiker und Slawist. Er war von 1995 bis 2006 der erste Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst.

Weitere Informationen: [www.gedenkort-lebensraumpolitik.de](http://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de)

- 1 Die Podiumsdiskussion wurde von Greta Wilde im Rahmen eines Praktikums im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors zusammengefasst. Daniel Ziemer, Mitarbeiter der Initiative, hat ihren Text überarbeitet und ergänzt.
- 2 IMT, Bd. 29, S. 123

# »Der verlorene Transport«

GEDENKEN AN DIE TOTEN IN TRÖBITZ  
ZUM 70. JAHRESTAG DER BEFREIUNG

*Stefanie Endlich*

Die kleine Gemeinde Tröbitz in der südbrandenburgischen Niederlausitz-Region mit ihrer am Ort vorbeiführenden Bahnstrecke war in den letzten Kriegswochen Schauplatz eines furchtbaren Geschehens. Hier endete ein Transport der SS mit jüdischen Gefangenen aus Bergen-Belsen. Siebzig Jahre später fand ein bewegendes Zusammentreffen statt. Überlebende mit ihren Familien und Angehörige der Toten, vor allem aus Israel und den Niederlanden, kamen am 23. April nach Tröbitz. Mit einer Feier und der Einweihung einer Open-Air-Ausstellung gedachte man der Opfer und der Befreiung des »Verlorenen Zuges«.

## **Das historische Geschehen**

Mit drei Bahntransporten räumte die SS das Austausch-Lager Bergen-Belsen beim Herannahen der britischen Truppen Anfang April. Im »Aufenthaltslager« waren ab Frühjahr 1943 jüdische Häftlinge als Geiseln gefangen gehalten worden, vor allem zum späteren Austausch gegen deutsche Zivilinternierte und als Pfand für Verhandlungen mit den Alliierten. Viele waren aus dem Judendurchgangslager Westerbork hierher deportiert, andere, die noch versucht hatten, ins Exil zu gelangen, hatten Pässe aus lateinamerikanischen Ländern oder waren staatenlos. Drei Züge waren es, die mit insgesamt etwa 6700 geschwächten jüdischen Häftlingen auf ungewisse Fahrt durch die Wirren des Krieges geschickt wurden. Schon bei der Verladung gab es Tote. Den ersten Zug befreiten US-Truppen in Sachsen-Anhalt, der zweite gelangte nach Theresienstadt. Der dritte Transport mit etwa 2500 Menschen verließ Bergen-Belsen am 10. April. Eine Irrfahrt begann. Über Lüneburg und Berlin fuhr der Zug in Richtung Falkenberg. Es gab Luftangriffe der Alliierten, die den Zug für einen Wehrmachtstransport hielten. Wasser und Nahrung fehlten, und schon aus Bergen-Belsen waren Typhus und Ruhr mitgeschleppt worden, die in den 45 engen, schmutzigen Waggons voll zum Ausbruch kamen. Mindestens 133 Gefangene starben bereits während der dreizehntägigen Fahrt. Mitgefangene begruben sie entlang der Bahngleise. Sie hielten die Namen der Toten und, mit Blick auf die Kilometersteine, die ungefähren Orte ihrer Gräber entlang der Bahnstrecke schriftlich fest.

Der durch die Niederlausitz hin und her irrende Zug kam am 20. April bei Langennaundorf zum Halt, da die Brücke über die Schwarze Elster gesprengt war. Nachdem die SS-Bewacher mit der Lokomotive die Flucht ergriffen hatten, wurde er am Abend des 22. April in den Ort Tröbitz zurückgezogen, den er bereits zwei Tage zuvor durchfahren hatte. Einzelne Häftlinge versuchten schon an diesem Abend, in Tröbitz etwas zum Essen zu bekommen. Am 23. April erreichten sowjetische Soldaten den Ort und stießen auf den größtenteils noch verriegelten Zug am Bahndamm im Wald. Die Bürgerinnen und Bürger von Tröbitz wurden von der Roten Armee dazu angehalten, den Befreiten Unterkunft und Essen zu geben und sie zu pflegen. So trafen etwa 2000 kranke und entkräftete Überlebende auf 700 Bewohner dieses einstigen Bergarbeiterdorfs und 300 Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, eine schwierige und im Rückblick schwer



Denkmal am Bahngleis bei Langennauendorf mit neuer Informationstafel.  
Foto: Bertold Weidner

vorstellbare Situation. In einem ehemaligen Barackenlager für ukrainische Zwangsarbeiter, dem »Lager Nordfeld«, richtete man ein Notlazarett für die Typhuskranken ein und stellte den Ort unter Quarantäne.

Die Kranken wurden von jüdischen Ärzten und von Pflegekräften aus dem Ort versorgt, später auch von sowjetischen Ärzten. Trotzdem starben noch mehr als 320 Menschen nach der Befreiung. Auch 26 Bürgerinnen und Bürger von Tröbitz starben, weil sie sich mit Typhus infiziert hatten. Ihnen wurden 1992 in Israel zum Dank 26 Bäume gepflanzt; die Initiative ging auf Hans Vleeschouwer zurück, dessen Familie in Tröbitz und Umgebung begraben liegt. Als Ansprechpartner für die Tröbitzer und die Armeeinghörigen bestätigten die Überlebenden Vertreter ihres »Ältestenrats« aus dem KZ Bergen-Belsen; diese bildeten ein »Komitee zur Abwicklung des Ausländertransports«, das sich um die Verteilung der Lebensmittel, die Beerdigung der Verstorbenen und die Ausstattung der Überlebenden mit Papieren für die Rückführung in die Herkunftsländer kümmerte, von denen aus viele so schnell wie möglich nach Israel gelangen wollten. Die befreiten Juden des »Verlorenen Transports« verließen Tröbitz bis zum August 1945.



Gedenkrede von Naomi Rinat-Tal.  
Foto: Stefanie Endlich

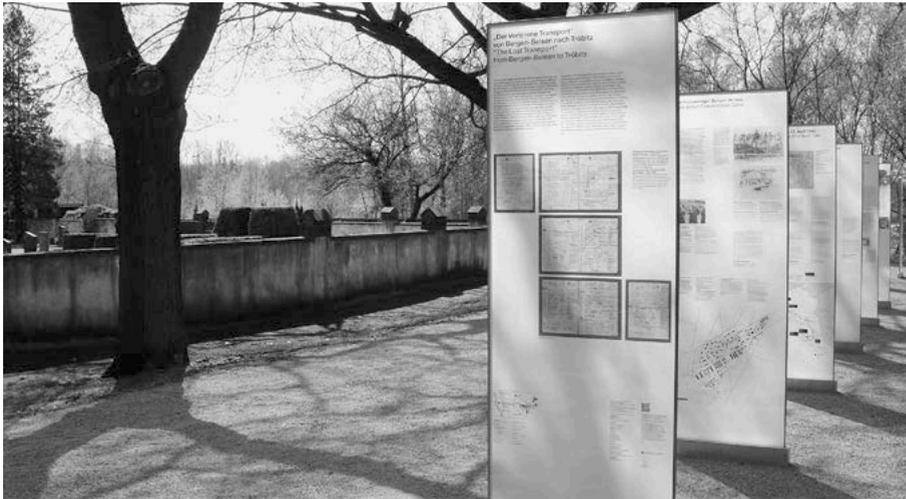
### **Pflege der Gräber zur DDR-Zeit**

Viele Überlebende mussten ihre verstorbenen Angehörigen in und um Tröbitz zurücklassen. Schon kurz nach der Befreiung wurden an der Bahnstrecke zwei Sammelgräber für 54 Tote angelegt. Ein weiteres Sammelgrab am »Lager Nordfeld« nahm 134 im Lazarett Verstorbene auf. Im Sommer 1945 wurde neben dem Friedhof der Gemeinde ein Jüdischer Friedhof errichtet mit 125 Gräbern für jene, die in den Häusern des Dorfes verstorben waren, wo Einwohner sie gepflegt hatten. Die Geschichte der Betreuung der Gräber seit 1945 ist aufschlussreich. Sie lässt eine besondere Facette der Erinnerungs-

kultur erkennbar werden, im Spannungsfeld zwischen DDR-offizieller Gedenkpolitik, Bürgerengagement und dem jahrzehntelang politisch reglementierten Umgang mit den Themen Judentum und Judenverfolgung. Die Gemeinde Tröbitz kümmerte sich um die Pflege des Jüdischen Friedhofs, so auch nach der Überführung von 48 Toten im Jahr 1947 in ihre Heimatländer, wodurch die Anlage in einen schlechten baulichen Zustand geraten war. Die Sammelgräber außerhalb des Ortes gerieten zeitweilig in Vergessenheit. Auch der Friedhof selbst wurde zunehmend vernachlässigt, bis 1964 ein Überlebender des »Verlorenen Transports« zu Besuch kam und die Gemeindevertreter motivierte, das schwierige historische Erbe anzunehmen. Eine Lehrerin der Tröbitzer Polytechnischen Oberschule übernahm tatkräftig mit ihren Schülerinnen und Schülern Aufräumarbeiten, und Gemeinde und Kreis ließen die Grabstätten zu einem Ehrenfriedhof mit einem Gedenkstein umgestalten, 1966 eingeweiht in Anwesenheit des Oberrabbiners aus Budapest.

Dies war der Beginn eines breiten bürgerschaftlichen Engagements in Tröbitz. Einzelpersonen, Schulklassen und Arbeitskollektive betreuten die Anlage kontinuierlich, und zu den Jahrestagen der Befreiung und des Novemberpogroms fanden Gedenkfeiern statt, auch zentrale Feiern der Jüdischen Gemeinde in der DDR. Die Tröbitzer Bürgerin Erika Arlt hat gemeinsam mit anderen seit 1985 versucht, Namen, Daten und Lebenswege der Verstorbenen zu sammeln und Genaueres über den Transport herauszufinden. Im Jüdischen Friedhof, am Endpunkt des Mittelwegs, wurden 1989, ein Jahr also, nachdem das Gedenken an den Völkermord an den Juden erstmals breite öffentliche Aufmerksamkeit erhielt und in die großen Jahrestag-Zeremonien einbezogen wurde, Granitplatten mit den Namen und Daten von siebzehn Toten errichtet, die bei der Anlage nicht berücksichtigt worden waren. Die Denkmalsetzung, initiiert von Erika Arlt, konnte mit Unterstützung der Jüdischen Gemeinde und des Amtes für Kirchenfragen der DDR in die Wege geleitet werden. Auch an den dezentralen Sammelgräbern wurden Gedenksteine errichtet, so am Sammelgrab von 28 Toten am Bahndamm bei Wildgrube bereits im Mai 1975. Im Jahr 1986 war Arie Koretz, Überlebender des Transportes, Rechtsanwalt in Tel Aviv und Sohn des in Tröbitz im Juni 1945 gestorbenen Oberrabbiners von Saloniki Eliezer Koretz, zur Gedenkfeier nach Tröbitz gekommen. Er hatte Kontakt zu anderen Überlebenden aufgenommen, recherchierte und stieß auf eine Liste des niederländischen Roten Kreuzes von 1947 mit den Namen der Toten des dritten Transports. Auf seine Initiative wurden neue Steine auf dezentralen Gemeinschaftsgräbern errichtet.

Die Ereignisse der letzten Kriegstage haben Tröbitz geprägt. Allmählich konnten sich die schmerzhaften Erinnerungen, die jeder Einzelne bewahrte, auch im öffentlichen Raum manifestieren. Anders als an vielen anderen historischen Ereignis-Orten der DDR, wo die Erinnerung an die jüdischen Opfer von allgemeinen antifaschistischen Pathosformeln vereinnahmt oder überlagert wurde, entwickelten sich seit 1966 in Tröbitz, auch mit Unterstützung der Ost-Berliner Staats- und Parteistellen, spezifische Formen des Gedenkens, bei denen die Verfolgung der Juden im Zentrum stand. Zuvor gab es allerdings auch eine andere Facette. Bereits 1951/52 hatte man die Überreste von 160 Toten aus dem Massengrab am Lazarett des »Lagers Nordfeld« und der Blockstelle »Hansa« in zwei Gemeinschaftsgräber im Ortszentrum neben der Kirche umgebettet. Dort errichtete die VVN, die – im folgenden Jahr zwangsaufgelöste – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, auch eine Gedenkmauer mit einer Tafel, die jedoch



Open-Air-Ausstellung  
am Friedhof



Gedenkrede von  
Micha Gelber



Ausstellungseröffnung  
mit vielen Besuchern.  
Alle Fotos:  
Stefanie Endlich

über den Bahntransport und seine Opfer keine Auskunft gab und auch nicht auf die Existenz der Gräber am Fuß der Mauer hinwies. »Wir ehren euch / unsere Toten / die Bannerträger / namenloser Kameraden« lautete die markante Inschrift unter dem VVN-Emblem. So betrieb man in der frühen Nachkriegszeit, ganz im Sinne der offiziellen antifaschistischen Gedenkpolitik, Mythenbildung und ließ die jüdischen Opfer des Evakuierungsstransports als heldenhafte antifaschistische Widerstandskämpfer erscheinen.

### **Gedenken nach dem Fall der Mauer**

Seit 1990 konnten mithilfe der Totenlisten die Namen der meisten Opfer herausgefunden werden. Viele Überlebende besuchten nun die Grabstellen ihrer Angehörigen und Freunde und konnten, auch dank des Engagements von Erika Arlt und ihrem Mann Richard, Kontakte untereinander und zu den Bürgern von Tröbitz schließen. 1994 gründeten Überlebende in Israel den zuvor erwähnten Verband »The 'Lost Transport' Victims Memorial Society«. Zum 50. Jahrestag der Befreiung 1995 errichtete er mit Unterstützung des Landes Brandenburg auf dem Jüdischen Friedhof anstelle der Granitplatten von 1989 eine neue Gedenkwall. In ihren Nischen sind schwarze Granitplatten eingelassen, in die auf Hebräisch und Deutsch alle bekannten Namen der Opfer und eine mahnende Inschrift eingraviert sind. Mehr als 90 Überlebende und viele Angehörige und Freunde kamen zur Einweihung. Sie hatten auf einer in Westerbork beginnenden Gedenkreise die damalige Route des Zuges über Bergen-Belsen nach Tröbitz nachvollzogen. 1996 brachte man auch bei den Gemeinschaftsgräbern an der Tröbitzer Kirche Tafeln an, die auf die jüdischen Opfer und ihre Geschichte hinwiesen.

### **Open-Air-Ausstellung**

Zum siebzigsten Jahrestag des Geschehens wurde vor dem Jüdischen Friedhof die Open-Air-Ausstellung »Der verlorene Transport« von Bergen-Belsen nach Tröbitz« eingeweiht. Sie begleitet den Weg zum Friedhofstor mit einer Sequenz von großen gläsernen Tafeln, die in Bildern und Texten über die historischen Ereignisse Auskunft geben. Einzelne Tafeln an den Orten der dezentralen Sammelgräber und Erinnerungsorte ergänzen die zentrale Installation und bilden mit dieser ein Gesamtkonzept von aufeinander bezogenen historischen Informationen.

Die Ausstellung, getragen von der Gemeinde Tröbitz, entstand in Zusammenarbeit mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, unter deren Dach die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen arbeitet. Realisiert wurde sie mit Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg sowie mit Eigenmitteln der Gemeinde Tröbitz. Projektträger war der Landkreis Elbe-Elster. Das Konzept entwickelte der Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch. Erarbeitet hat die Ausstellung der Historiker Ralph Gabriel.

Auf acht Tafeln erzählt die Open-Air-Dokumentation am Jüdischen Friedhof die Geschichte und Nachgeschichte des »verlorenen Transports«, beginnend mit Abbildungen der handgeschriebenen Totenlisten. Erläutert und mit Fotos, Dokumenten, Zeichnungen, Tagebuchzitaten und Biografien veranschaulicht werden die katastrophalen Bedingungen in Bergen-Belsen, die Qualen des Bahntransports, die Befreiung durch die Rote Armee, die dramatischen Nachkriegswochen, die Gräberpflege, die allmählich wachsende öffentliche Aufmerksamkeit für das historische Geschehen und das mit den



Einweihung des  
Friedhofs 1966.  
Foto: Heino Birkholz



Jüdischer Friedhof,  
2015.  
Foto: Stefanie Endlich



Gedenkwand auf dem  
Friedhof.  
Foto: Stefanie Endlich



Neue Tafel vor  
der VN-Gedenkwand  
im Ortszentrum neben  
der Kirche.  
Foto: Stefanie Endlich

Gedenkfeiern entstandene Netzwerk von Überlebenden und Familien. Die zentrale Ausstellung und ihre dezentralen Pendants wurden grafisch von Weidner Händle Atelier und architektonisch von Martin Bennis hervorragend gestaltet, als Balance zwischen einer thematisch sachlichen Darstellung und einer durch Layout und Lichtführung fast poetischen Anmutung.

Zum 70. Jahrestag am 23. April 2015 luden das Amt Elsterland und die Gemeinde Tröbitz ein, zusammen mit der Stadt Uebigau-Wahrenbrück, auf deren Gelände sich der Gedenkort an der Bahnstrecke bei Langennaundorf befindet. Angereist kam, neben Einzelbesuchern, eine große Gruppe von Überlebenden und Angehörigen mit einem Bus aus der Gedenkstätte Bergen-Belsen, wo drei Tage später die Befreiungsfeier stattfand. Am Denkmal in Langennaundorf sprach die Überlebende Naomi Rinat-Tal, immer wieder unterbrochen vom Lärm der vorbeifahrenden Züge. Am Jüdischen Friedhof in Tröbitz eröffnete der Überlebende Micha Gelber die Open-Air-Ausstellung. Die Nachmittagssonne über dem Friedhof und dem See brachte die Glastafeln der Ausstellung zum Leuchten.

Die Autorin dankt Ralph Gabriel, dem Verfasser der Ausstellung, für die Übermittlung der Tafel-Inhalte. Sein umfangreicher Beitrag »Der dritte Zug« mit zahlreichen Literatur- und Quellenangaben erscheint im nächsten »Speicher«, dem Jahrbuch des Kreismuseums Finsterwalde.

**Stefanie Endlich**, freiberufliche Kunstpublizistin, ist Honorarprofessorin für Kunst im öffentlichen Raum an der Universität der Künste Berlin.

# 2014: Erneut Besucherrekord in den Gedenk- und Erinnerungsstätten in Baden-Württemberg

*Svenja Bauer-Blaschkowski*

In Baden-Württemberg erwartet die Besucher eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft. An authentischen historischen Orten wird an jüdisches Leben vor dessen Auslöschung durch den Nationalsozialismus erinnert, an die Verfolgung der deutschen Sinti und Roma, an die NS-»Euthanasie«-Verbrechen, an das Leid in den Konzentrationslagern und an die Ausbeutung durch Zwangsarbeit sowie an den Widerstand von Einzeltätern wie Georg Elser und von Gruppen wie der Weißen Rose. Darüber hinaus thematisieren die Gedenk- und Erinnerungsstätten auch die Demokratiegeschichte Deutschlands: Sie widmen sich Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert oder Theodor Heuss sowie dem Kampf um Freiheit in der deutschen Geschichte. Eine Besonderheit ist das einzige westdeutsche DDR-Museum in Pforzheim. (Siehe auch: [gedenkstaetten-bw.de](http://gedenkstaetten-bw.de))

2014 haben 309 878 Besucher die Gedenk- und Erinnerungsstätten in Baden-Württemberg besucht – damit liegt die Besucherzahl knapp über derjenigen des Vorjahres (309 857). Dies ergab eine eigene Erhebung der Landeszentrale für politische Bildung, an der sich 64 Gedenk- und Erinnerungsstätten aus Baden-Württemberg beteiligten.

**Erhebungsgrundlagen** Für die Erhebung wurden die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) und weitere Einrichtungen angefragt. Die Erhebung umfasst neben Besucherzahlen auch die Besucherstruktur (aufgeschlüsselt nach Altersgruppen), das Angebot der Gedenkstätten sowie den Umfang der Leistungen, die durch die ehrenamtlichen Gedenkstättenmitarbeiter erbracht wurden.

Nicht alle Gedenkstätten können ihre Besucherzahl und die Besucherstruktur genau erfassen. Vor diese Schwierigkeit sehen sich beispielsweise Gedenkstätten an jederzeit zugänglichen Orten gestellt. In solchen Fällen wurden Schätzwerte zugrunde gelegt. Auch für Angebote der Gedenkstätten, wie etwa Informationsgespräche und Beratungen, können teilweise nur Schätzwerte angegeben werden. Die Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden wird ebenfalls häufig erst im Nachhinein durch die Mitarbeiter der Gedenk- und Erinnerungsstätten zusammengestellt. Die so ermittelten Werte können daher nur als Richtwerte angesehen werden, die eine Einschätzung der Entwicklungstendenzen ermöglichen sollen. Es ist aber festzuhalten, dass die Gedenkstätten ihre Zahlen in den letzten Jahren zunehmend genauer erheben.

**Zahlen 2014** Die gesamte Besucherzahl 2014 lässt sich folgendermaßen aufschlüsseln: 2014 besuchten 59 534 Personen Gedenkstätten an ehemaligen jüdischen Gemeindeeinrichtungen und Synagogen, 85 030 die Gedenkstätten an ehemaligen Konzentrationslagern und Orten der Zwangsarbeit, 25 000 die Gedenkstätte Grafeneck, 12 401 Besucher das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma und 861 die zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Die Gedenkstätten zum Themenkomplex Widerstand konnten 15 379 Besucher verzeichnen, das DDR-Museum in Pforzheim 3365 und die Gedenkstätten zu Demokratie und Freiheit 108 308 Besucher. Die Gedenkstätten zu Demokratie und

Freiheit waren damit Spitzenreiter bei den Besucherzahlen. Die Anzahl von mehr als 100 000 Besuchern konnten sie 2014 erstmals überschreiten.

**Entwicklungen im Vergleich zu 2013** Einen Besucherzuwachs registrierten auch die Gedenkstätten an Standorten ehemaliger Konzentrationslager und Orten der Zwangsarbeit sowie das DDR-Museum in Pforzheim. Nahezu gleichbleibende Besucherzahlen konnten die »Euthanasie«-Gedenkstätte Grafeneck sowie das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma verzeichnen. Einen deutlichen Besucherrückgang von knapp 10 000 Besuchern gab es bei den Gedenkstätten zum Widerstand. Dieser Rückgang lässt sich unter anderem damit erklären, dass an der Stauffenberg-Gedenkstätte in Albstadt-Lautlingen im Jahr zuvor eine Sonderausstellung zu Melitta von Stauffenberg stattfand, die überdurchschnittlich viele Besucher in die Gedenkstätte gelockt hatte. Auch an die 32 Gedenkstätten an ehemaligen jüdischen Einrichtungen und Synagogen, die sich an der Erhebung beteiligten, kamen 2014 insgesamt 2500 Besucher weniger.

**Zusammensetzung der Besuchenden** Die Besucherstruktur war 2014 vergleichbar mit derjenigen von 2013. Rund 28 Prozent der Besucher der Gedenk- und Erinnerungsstätten waren Kinder und Jugendliche. Lediglich die Gedenkstätten zur Erinnerung an Demokratiegeschichte und Freiheitsbewegungen hatten mit 19 Prozent einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an Kindern und jugendlichen Besuchern. An den KZ-Gedenkstätten, an der Gedenkstätte Grafeneck und an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg machten sie jedoch deutlich mehr als die Hälfte der Besucher aus. Auch die Besucher des DDR-Museums in Pforzheim waren fast zur Hälfte Kinder und Jugendliche. Um noch mehr Kinder und Jugendliche für die Gedenk- und Erinnerungsstätten zu interessieren, waren 2014 mehr als 100 ehrenamtliche »Jugendguides« aktiv.

**Angebotserweiterung der Gedenkstätten im Jahr 2014** 2014 konnten die Gedenk- und Erinnerungsstätten ihr Angebot deutlich erweitern. Alleine die Anzahl der Führungen konnte um 69 Prozent auf insgesamt 6103 gesteigert werden. Auch das pädagogische Angebot wurde ausgebaut. Beispielsweise wurde durch Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte in Mannheim-Sandhofen 2014 unter dem Titel »Was hat ein Kaninchen mit unserer Geschichte zu tun?« erstmals ein didaktisches Konzept erprobt, welches Grundschulkindern der vierten Jahrgangsstufe an die Themen Nationalsozialismus und Menschenrechte heranführt.

Herauszuheben ist vor allem auch ein Modellprojekt der Gedenkstätte Grafeneck: Unter dem Titel »Barrierefreie Gedenkstätte« werden die Angebote der Gedenkstätte überarbeitet und ergänzt, um sie auch für Menschen mit geistiger Behinderung zugänglich zu machen. Denn seit 2008 erhält die Gedenkstätte verstärkt Anfragen zu Gruppenführungen, an denen Menschen mit geistiger Behinderung teilnehmen wollen. 2014 machten diese Gruppen bis zu 10 Prozent der geführten Gruppen in Grafeneck aus. Die Historikerin Franka Rößner und der Sonderpädagoge Sebastian Priwitzer erarbeiten deshalb seit 2014 ein neues pädagogisch-didaktisches Konzept: Die Dauerausstellung im Dokumentationszentrum wird um eine Hörversion in leichter Sprache ergänzt, die auf Fremdwörter, Anglizismen und Abkürzungen verzichtet, und mit zusätzlichen Erläuterungen versehen, und es entsteht ein Orientierungssystem,

das Besuchern auch außerhalb von Führungen ermöglichen soll, die Gedenkstätte zu besuchen. Das Modellprojekt läuft bis 2016 und wird zu gleichen Teilen durch den Bund und das Land gefördert sowie von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg wissenschaftlich begleitet. Damit auch andere Gedenkstätten und Bildungsträger von den Erfahrungen der Gedenkstätte Grafeneck mit diesem Projekt profitieren können, ist eine Handreichung geplant.

**Veranstaltungen im Jahr 2014** Neben den Führungen und pädagogischen Angeboten fanden 875 weitere Veranstaltungen an den Gedenkstätten statt. Am 15. November veranstaltete die Georg-Elser-Gedenkstätte Königsbronn ihr traditionelles Symposium: »Zivilcourage in schwerer Zeit« – Beispiele des Widerstandes »kleiner Leute« gegen das NS-Regime« in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie. Die Tagung mit etwa 120 Teilnehmern aus ganz Deutschland beleuchtete unter anderem den »Geislinger Mütteraufstand«, die schwäbische Pfarrhauskette – zwei Beispiele für den Widerstand »kleiner Leute« sowie Georg Elzers Motive für seinen Attentatsversuch auf Hitler. Zudem sprach der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch über den Widerstand im NS-Staat allgemein und die Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg.

Besonders viele Veranstaltungen an Gedenkstätten standen 2014 in Zusammenhang mit Filmprojekten: Am 27. Januar wurde in Herrenberg der Dokumentarfilm »Der Dachdecker von Birkenau« über den Auschwitz-Überlebenden Mordechai Chiechanower präsentiert, der auch im KZ Hailfingen-Tailfingen bei Herrenberg inhaftiert gewesen war. Der Film entstand im Auftrag von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Zusammenarbeit mit dem Verein KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen. Für die Filmaufnahmen kehrte Mordechai Chiechanower mit dem Regisseur Johannes Kuhn und dessen Team auf einer zwölf-tägigen Reise an zahlreiche Orte seiner Leidensgeschichte zurück. Mordechai Chiechanower war in den vergangenen Jahren schon mehrfach zu Besuch im Gäu. Mit der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. steht der Zeitzeuge in engem Kontakt.

Am 19. Februar fand die erste Filmvorführung von »Blut muss fließen. Undercover unter Nazis« in Neckarelz statt, eine Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte Neckarelz. Zehn Jahre lang filmte »Thomas Kuban«, dessen Name zu seinem Schutz ein Pseudonym ist, versteckt an Orten in ganz Deutschland und darüber hinaus bei Neonazi-Konzerten. »Thomas Kuban« wollte Antworten auf die Frage finden, wie es möglich ist, dass diese rechtsextremen Rockkonzerte ungehindert stattfinden können. Nach der Filmvorführung stellte sich der Regisseur des Films, Peter Ohlendorf, den Fragen des Publikums und sprach mit diesem über Erfahrungen und Erlebnisse mit der rechten Szene. In Neckarelz und Bad Mergentheim gab es in der Folge vier weitere Filmvorstellungen, sodass circa 1200 Zuschauer den Film sahen. Begleitet wurden die Filmvorführungen von weiteren Vorträgen des Vereins KZ-Gedenkstätte Neckarelz e.V. in seiner »Reihe gegen Rechts«. Im September feierte schließlich der im Rahmen einer Masterarbeit entstandene Film »Geschichte ganz nah – Eine Reise zu den Gedenkstätten in meiner Heimat« von Daniela Schaffart in der ehemaligen Synagoge in Kippenheim Premiere. In lebendigen Bildern und mit anschaulichen Einblicken in die Forschungs- und Vermittlungsarbeit der Ehrenamtlichen vor Ort dokumentiert der Film eine Erkundungsreise der Studentin zu sechs Gedenkstätten am Oberrhein. Die Filmemacherin trifft auf

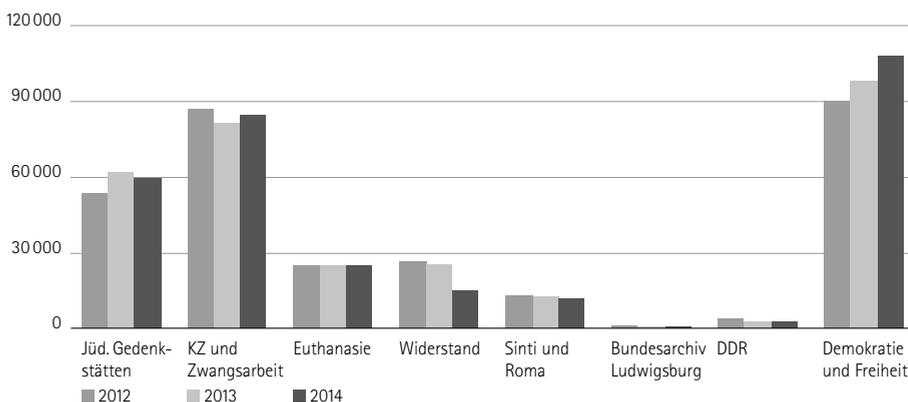
engagierte Bürgerinnen und Bürger, Künstlerinnen, Jugendliche, Schulklassen und Zeitzeugen. Der Film macht Station an den Gedenkstätten Vulkan in Haslach, der Erinnerungsstätte im Salmen in Offenburg, der Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte Ehemalige Synagoge Kippenheim, der ehemaligen Synagoge Sulzburg und dem Blauen Haus in Breisach.

**Ehrenamtliche Tätigkeit in Gedenkstätten** Erstmals wurden im Jahr 2014 auch die Leistungen der Gedenkstätten erfasst. Die Vereine, die Gedenkstätten selbst unterhalten oder mittragen, hatten im vergangenen Jahr 4110 Mitglieder. An den Gedenkstätten regelmäßig ehrenamtlich tätig waren 673 Personen. Insgesamt wurden mindestens 51 663 Stunden ehrenamtliche Arbeit an den baden-württembergischen Gedenkstätten geleistet – die tatsächliche Stundenzahl dürfte aber aufgrund der erstmaligen und teilweise ungenauen Erfassung vermutlich noch deutlich höher liegen.

Die Gedenkstätten in Baden-Württemberg können insgesamt auf ein erfolgreiches Jahr 2014 zurückblicken – sowohl in Hinblick auf konstant hohe Besucherzahlen als auch in Hinblick auf den deutlichen Ausbau des Angebots und die eigenen erbrachten Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter. Informationen zu ihrer Arbeit und den Gedenk- und Erinnerungsstätten in Baden-Württemberg gibt es auf dem Internetportal [www.gedenkstaetten-bw.de](http://www.gedenkstaetten-bw.de).

**Svenja Bauer-Blaschkowski** studiert Geschichte und Politische Wissenschaft B.A. an der Universität Heidelberg. Die Nutzungserhebung stellte sie im Rahmen eines Praktikums in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zusammen.

Ehemalige Synagogen und jüdische Gemeindeeinrichtungen	59 534	19%
Konzentrationslager und Zwangsarbeit	85 030	28%
Euthanasie – Grafeneck	25 000	8%
Sinti und Roma	12 401	4%
Bundesarchiv Ludwigsburg	861	< 1%
Widerstand	15 379	5%
DDR	3 365	1%
Demokratie und Freiheit	108 308	35%
Gesamt	309 878	100%



## SYNAGOGEN UND EHEMALIGE JÜDISCHE (GEMEINDE)-EINRICHTUNGEN

Ehemalige Synagoge Sennfeld	Adelsheim-Sennfeld
Gedenk- und Begegnungsstätte ehemalige Synagoge Bopfingen-Oberdorf	Bopfingen-Oberdorf
Gedenkstätte ehemalige Synagoge Buchen	Buchen
Alte Synagoge – Mikwe Jordanbad Eppingen	Eppingen
Pädagogisch-Kulturelles Centrum Ehemalige Synagoge Freudental	Freudental
Ehemalige Synagoge Haigerloch – »Spurensicherung: Jüdisches Leben in Hohenzollern«	Haigerloch
Alte Synagoge Hechingen	Hechingen
Ehemalige Synagoge Hemsbach	Hemsbach
Alte Synagoge Leutershausen	Hirschberg a.d.B.- Leutershausen
Jüdischer Betsaal Horb	Horb
Ehemalige Synagoge Rexingen	Horb-Rexingen
Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte Ehemalige Synagoge Kippenheim	Kippenheim
Ehemalige Synagoge Affaltrach	Obersulm-Affaltrach
Erinnerungsstätte im Salmen	Offenburg
Gedenkstätte Synagoge Baisingen	Rottenburg am Neckar- Baisingen
Ehemalige Synagoge Sulzburg	Sulzburg
Gedenkstätte ehemalige Synagoge Michelbach a.d. Lücke	Wallhausen-Michelbach an der Lücke
Ehemalige Synagoge Wenkheim	Werbach-Wenkheim Tauberbischofsheim
Juden in Buchau	Bad Buchau
Landschulheime Herrlingen	Blaustein-Herrlingen
Rabbinatmuseum Braunsbach	Braunsbach
Das blaue Haus in Breisach am Rhein – ehemaliges jüdisches Gemeindehaus	Breisach
Jüdisches Museum Creglingen	Creglingen
Jüdisches Museum Emmendingen	Emmendingen
Bürgerhaus Gailingen – Zentrum jüdischer Geschichte und Kultur am Bodensee und Hochrhein	Gailingen
Jüdisches Museum Göppingen	Göppingen-Jebenhausen
Erinnerungsstätte Ständehaus	Karlsruhe
Museum zur Geschichte von Christen und Juden Laupheim	Laupheim
Juden in Buttenhausen – Ehemalige Bernheimer'sche Realschule	Münsingen-Buttenhausen
Mahnmal für die deportierten Jüdinnen und Juden Badens	Neckarzimmern
Jüdisches Zimmer im Klettgau- und Heimatmuseum Tiengen	Waldshut-Tiengen
Jacob Picard Gedenkstätte	Öhningen-Wangen

**GEDENKSTÄTTEN AN ORTEN EHEMALIGER KONZENTRATIONSLAGER UND ZWANGSARBEIT**

KZ-Gedenkstätte Bisingen – Museum »Mut zur Erinnerung – Mut zur Verantwortung«	Bisingen
KZ-Gedenkstätte Echterdingen-Bernhausen	Filderstadt
Gedenkstätte Vulkan Haslach	Haslach
KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen	Gäufelden-Tailfingen
KZ-Gedenkstätte Leonberg	Leonberg
KZ-Gedenkstätten Sandhofen	Mannheim-Sandhofen
KZ-Gedenkstätte Neckarelz	Mosbach-Neckarelz
Gedenkstätte Eckerwald und Gedenkstätte beim KZ-Friedhof Schömberg	Schömberg-Schörzingen
KZ-Gedenkstätte Hessental	Schwäbisch Hall-Hessental
Lernort Gedenkstätte/Jugendhaus	Stuttgart
Geschichtswerkstatt Tübingen e.V.	Tübingen
Dokumentationsstätte Goldbacher Stollen und KZ Aufkirch	Überlingen
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, Ulm e.V. – KZ-Gedenkstätte (DZOK)	Ulm
KZ-Gedenkstätte Vaihingen an der Enz	Vaihingen an der Enz
Dokumentationsstätte Lager Weinsberg	Weinsberg

**»EUTHANASIE«**

Gedenkstätte Grafeneck für die Opfer der NS-»Euthanasie« – Baden-Württemberg	Gomadingen-Grafeneck
--	----------------------

**WIDERSTAND**

Stauffenberg-Schloss	Albstadt-Lautlingen
»Weiße Rose« – Scholl-Grimminger Erinnerung	Crailsheim
Georg Elser Gedenkstätte – Erinnerungs- und Forschungsstätte Königsbronn	Königsbronn
Erinnerungsstätte »Die Männer von Brettheim«	Rot am See-Brettheim
Stauffenberg	Stuttgart
Ulmer Denkstätte Weiße Rose	Ulm

**SINTI UND ROMA**

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma	Heidelberg
--	------------

**AUFARBEITUNG DER NS-VERBRECHEN**

»Die Ermittler von Ludwigsburg« – Dauerausstellung zur juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen	Ludwigsburg
--	-------------

**DDR**

Sammlung der Geschichte der DDR	Pforzheim
---------------------------------	-----------

**DEMOKRATIE UND FREIHEIT**

Erinnerungsstätte Matthias Erzberger	Münsingen-Buttenhausen
Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte	Heidelberg
Theodor-Heuss-Haus	Stuttgart
Theodor Heuss Museum der Stadt Brackenheim	Brackenheim
Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte	Rastatt
Hohenasperg – Ein deutsches Gefängnis	Asperg

# Der Nationalsozialismus im heutigen Geschichtsunterricht

RÜCKSCHLÜSSE FÜR DIE GEDENKSTÄTTENPÄDAGOGIK

Bertram Noback

## Einleitung

»Aber was geschieht, wenn keiner der Überlebenden mehr berichten kann? [...] Das Wissen um Auschwitz muss also von Generation zu Generation weitergegeben werden?«<sup>1</sup> Dieses aus dem SPIEGEL vom 24.1.2015 entnommene Zitat verdeutlicht, dass wir 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz vor einem Einschnitt in der bundesdeutschen Erinnerung stehen. Durch das Sterben der letzten Zeitzeugen rücke das Thema in immer weitere Ferne und könne zunehmend nur noch durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit indirekt vermittelt werden. Daher stellt sich folgende Frage: Wie soll man sich künftig an das Thema annähern, wenn die letzten Überlebenden nicht mehr davon erzählen? Darüber hinaus besteht das Problem, dass die heutigen Schüler, die für die politische und historische Bildung in Gedenkstätten nach wie vor das Hauptklientel sind, immer weniger direkte familiäre Bezüge zu der Zeit haben. In Anlehnung an Michael Kohlstruck haben es schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen heute vermehrt mit Schülern der 4. und 5. Generation zu tun<sup>2</sup>, sodass sich im Sinne Harald Welzers immer weniger Anknüpfungspunkte über das Familiengedächtnis ergeben<sup>3</sup>. Erschwert werde eine pädagogische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit darüber hinaus durch den Migrationshintergrund vieler Schüler, die einen völlig anderen Zugang zur NS-Zeit haben.<sup>4</sup>

In diesem Aufsatz wird beleuchtet, wie Geschichtslehrer mit diesen Herausforderungen umgehen und welche Konsequenzen das für eine Gedenkstättenpädagogik haben kann. Außerdem sollen die Zielsetzungen dargelegt werden, die Geschichtslehrer einem Gedenkstättenbesuch zugrunde legen. Als Grundlage dient eine Studie über die schulische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der in dieser Zeit begangenen Staatsverbrechen.

Als Grundlage des Artikels dient zum einen mein Dissertationsprojekt. Ich habe 56 Geschichtslehrer zu ihrem heutigen Umgang mit dem Thema Nationalsozialismus und Holocaust im Geschichtsunterricht mit dem Ziel befragt, den Stellenwert dieses Themas aus Sicht der Lehrenden zu ergründen und angemessene pädagogische Zugänge zu diskutieren. Dabei wurden neben grundlegenden Zielsetzungen, Unterrichtsmethoden und didaktisch-methodischen Konzepten auch außerschulische Lernangebote in den Gedenkstätten untersucht.<sup>5</sup> Zudem werden im Folgenden Erfahrungen mit einem konkreten Ausbildungsprojekt für angehende Lehrkräfte der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg in Zusammenarbeit mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma dargestellt.

## 1 Herausforderungen einer heutigen »Erziehung nach Auschwitz«

Für alle der befragten Geschichtslehrer ist das Thema Nationalsozialismus nach wie vor eines der grundlegendsten im heutigen Geschichtsunterricht, wobei deutliche Unterschiede offensichtlich werden. So gibt es Lehrer, die diesen Unterrichtsgegenstand als herausragend wichtig empfinden, während andere Lehrer auch andere Themenstellun-

gen, vor allem der Nachkriegszeit, für mindestens genauso bedeutsam erachten. Grundsätzlich hat das Thema aber nach wie vor einen ganz zentralen Stellenwert sowohl hinsichtlich der Bildungsplanvorgaben als auch für das berufliche Selbstverständnis der entsprechenden Lehrer. Gleichzeitig wurden in den qualitativen Interviews zahlreiche Herausforderungen eines schulischen Umgangs benannt<sup>6</sup>, die auch für die Gedenkstättenpädagogik Relevanz haben. Im Folgenden werden drei solcher Schwierigkeiten aufgezeigt und es wird erwogen, inwiefern Gedenkstätten darauf reagieren können.

**1.1 Emotionalisierung oder Versachlichung:** Ein grundlegender Konflikt ist die Frage, welchen Stellenwert emotionale sowie moralische Zugänge im Kontext einer schulischen »Erziehung nach Auschwitz« haben sollten. Die Lehrer sehen sich in einem Dilemma, das der Gedenkstättenpädagogik nur zu gut vertraut ist. Einerseits möchten sie die Schüler durch eindringliche Zugänge (z.B. in Form von sehr emotionalen Zeitzeugenberichten, Filmsequenzen, literarischen Produkten) für die Thematik möglichst nachhaltig sensibilisieren, andererseits möchten sie es vermeiden, die Schüler emotional-moralisch zu überwältigen und dadurch Lernblockaden zu evozieren. Gerade hinsichtlich des Stellenwerts emotionaler Zugänge zeigen sich die Lehrer sehr gespalten.

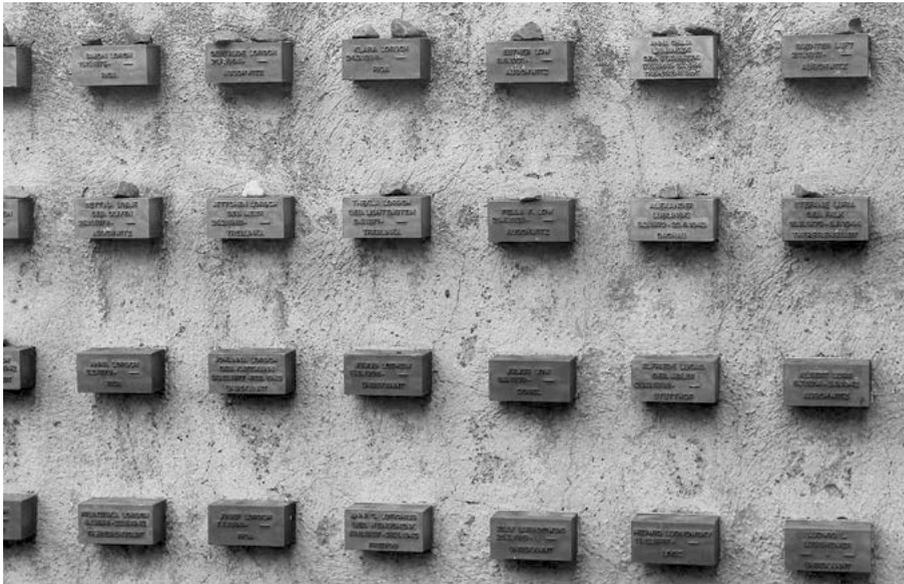
Beispielsweise liest ein Befragter 56jähriger Geschichtslehrer beim Unterrichtsthema »Holocaust« in einer sehr emotionalen Lernumgebung Auszüge aus »Die Nacht zu begraben, Elischa« von Elie Wiesel vor, und ist überzeugt, dass man während der Lesung »eine Stecknadel fallen hören kann«. Gerade durch diese sehr affektive Lerninszenierung sollen die Schüler emotional berührt werden, er möchte eine Betroffenheit wecken, die Schüler sollen ganz tief das Leid der Opfer nachvollziehen.

Ein anderer Lehrer aus der dritten Nachkriegsgeneration will sich gerade bei diesem Thema aufgrund solcher Lernformen in der eigenen Schulzeit von emotionalen Zugängen distanzieren. Für ihn geht es bei dem Thema um die reine Information und er ist in ständiger Sorge davor, die Schüler in irgendeiner Form emotional oder moralisch zu überwältigen.

Die aus diesen Aussagen sehr deutlich gewordenen Unterschiede im Umgang mit Emotionen lassen sich auch auf die Gedenkstättenpädagogik übertragen, bei der der emotionale Aspekt hilfreich und hinderlich zugleich sein kann. Einerseits sind emotionale Zugänge gerade aufgrund des zeitlich-generationellen Abstands für einen Teil der heutigen Lerngruppen unverzichtbar, da sich nur so eine Betroffenheit bei den Schülern einstellt. Andererseits besteht die Gefahr, dass sich Schüler bei einer zu starken Emotionalisierung versperren. Emotionen müssen daher sehr wohl durchdacht eingesetzt werden, damit sie die Schüler zur Auseinandersetzung motivieren, aber gleichzeitig nicht überwältigen.

**1.2 Institutionelle Eigenheiten von Schulen:** Sehr viele Lehrer beklagten sich über die immer schwierigeren institutionellen Rahmenbedingungen, die eine für sie angemessene schulische und außerschulische »Erziehung nach Auschwitz« blockieren.

Dazu zählen die straffen Bildungsplanvorgaben, die z.B. im Gymnasialbereich in Baden-Württemberg für Klasse 9 die großen und sehr komplexen Themenstellungen Weimarer Republik, Nationalsozialismus, BRD-DDR und Kalter Krieg vorsehen. Viele Lehrer fühlen sich allein angesichts der Stofffülle überfordert, die Schüler angemessen auf einen Gedenkstättenbesuch vorzubereiten. Unter Umständen dient dann eine



Gedenkstätte Neuer  
Börneplatz Frankfurt.  
Alle Abbildungen:  
Bertram Noback

Gedenkstättenexkursion als Ersatz für eine angemessene schulische Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus, was aber die Gedenkstätten in der meist sehr kurz zur Verfügung stehenden Zeit nicht ausgleichen können.

Neben dem konkreten Geschichtsunterricht fühlen sich viele der befragten Lehrer durch die veränderten beruflichen Anforderungen überfordert. Neben der Rolle als Fachlehrer müssen sie heute zunehmend Aufgaben übernehmen, die mit dem Bild des klassischen Studienrats in keiner Weise übereinstimmen. Das soll an der Stelle nicht entschuldigen und teilweise larmoyante Einstellungen in der Lehrerschaft rechtfertigen, dennoch müssen Gedenkstätten diese tatsächliche oder gefühlte Überforderung ernst nehmen.

Zusätzlich bewirken die zahlreichen Konferenzen und zusätzlichen Aufgaben, die Lehrer im Schuljahr zu leisten haben, dass solche Exkursionen häufig erst am Ende des Schuljahres stattfinden, was wiederum negativen Einfluss auf die Wahrnehmung solcher Bildungsangebote hat.

Auf Gedenkstätten kommt daher vermehrt die Aufgabe zu, sich enger mit den Schulen zu vernetzen und konkrete Kooperationen mit einzelnen Lehrern oder im Idealfall mit einer Schule aufzubauen. Hierzu ist es sinnvoll, direkt mit Schulen in Kontakt zu treten und auf die Motivation einzelner Lehrer zu hoffen. Die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Kooperation erhöht sich, wenn der direkte Kontakt hergestellt ist. Auch bietet es sich an, für den Geschichtsunterricht aufbereitete, der Vorbereitung dienende Materialien zur Verfügung zu stellen, auf denen sich vor Ort aufbauen lässt. Das entlastet einerseits die Lehrer und sorgt dafür, dass der Gedenkstättenbesuch dann umso ertragreicher ist.

**1.3 Der Wissenshorizont und Interesse der heutigen Schüler:** In der beschriebenen Studie wurden Gymnasialgeschichtslehrer befragt, also eine Lehrergruppe, deren Schüler noch am ehesten die erforderlichen Grundkenntnisse mitbringen, um sich nachhaltig an einem spezifischen Ort mit konkreter Geschichte zu beschäftigen. Doch

selbst in der recht homogenen Gruppe der Gymnasialschüler wurde deutlich, dass aufgrund der veränderten Familienstruktur, der sich wandelnden Wissensgesellschaft, der Migrationsgesellschaft, der Mediengesellschaft und vor allem aufgrund des verkürzten Gymnasiums ein anderes, für dieses komplexe Thema nicht mehr ausreichendes Grundwissen vorausgesetzt werden sollte.

So stellte ein Lehrer fest, dass seine Schüler antisemitische Stereotype in einer Karikatur nicht mehr erkannten. Er brach diese Unterrichtssequenz mit der Begründung ab, diese rassistischen Herabwürdigungen nicht erst den Schülern »in die Köpfe zu bringen«, um sie »dann wieder rauszubringen«. Einerseits ist es gut, dass klassische stereotypische Muster v.a. »des Juden« nicht mehr flächendeckend tradieren, was auch ein Ergebnis der jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit ist. Andererseits muss man sich gerade mit diesen Vorurteilen, die häufig besonders plakativ in entsprechenden propagandistischen Quellen zu finden sind, auseinandersetzen, um die Gedankenwelt der Täter zu dekonstruieren. Müssen Gedenkstätten auf solche, der Aufklärung dienende Themen verzichten?

Andere Lehrer weisen darauf hin, dass bestimmte Wissensgrundlagen, die man früher voraussetzen konnte, heute nicht mehr vorhanden sind. Das betrifft die Quantität des Wissens von Schülerseite, aber auch die sprachlichen Fähigkeiten der Schüler im Umgang mit bestimmten Begriffen. Das Weltwissen der Schüler hat sich sehr stark verändert. In vielerlei Hinsicht müssen die heutigen Lehrer erst einmal ein sehr basales Grundlagenwissen vermitteln, ehe sie mit den Schülern das Thema in der erforderlichen Tiefe erarbeiten können. Gedenkstätten sind, sofern das Angebot nachhaltig sein soll, darauf angewiesen, dass ein Grundwissen zum Nationalsozialismus bereits vor dem Besuch vorhanden ist. Wenn nämlich dieses erst durch den Gedenkstättenbesuch generiert werden muss, besteht keinerlei Kapazität zur vertieften Auseinandersetzung mit den konkreten Geschehnissen am historischen Ort und erst recht nicht mit Schlüsselfragen, die die Verbrechen der Nazis aufwerfen – z.B. unter welchen persönlichen und situativen Umständen Menschen zu solchem Handeln fähig sind.

Ein weiteres Problem könnte in den veränderten motivationalen Grundlagen der Schüler bestehen. So bringt die Studie zum Ausdruck, dass einerseits nach wie vor viele Schüler intrinsisch motiviert sind, gerade was das Thema Judenverfolgung angeht. Hier zeigt sich häufig eine Empathie mit den Opfern und bei einigen Schülern ein sehr großes Interesse, möglichst viel über das Schicksal der verfolgten Menschen zu erfahren. Dieses, von den Lehrern durchweg positiv bewertete Muster, mischt sich mit einer Faszination am Schrecken der damaligen Zeit und insbesondere an der Figur Hitler. Einige Lehrer weisen darauf hin, dass nicht selten die Jungen ein spezifisches Interesse am Thema Zweiter Weltkrieg haben, das im schulischen Lernumfeld häufig enttäuscht wird, da diese Schüler z.T. in den deutschen Soldaten männliche Vorbilder suchen, was die Schule aufgrund der negativen Abgrenzung vom Nationalsozialismus logischerweise nicht aufgreift.

Gerade durch den zeitlichen Abstand geht die heutige Schülergeneration häufig unbefangener mit dem Thema um, was für ein freies pädagogisches Arbeiten sehr wünschenswert ist. Allerdings bleibt zu fragen, ob bei fehlender Normierung des Interessenspektrums aufgrund kollektiver Erinnerungsprozesse vor allem spektakuläre, medial effektiv aufbereitete Zugänge gesucht werden und weniger das Stellen der Warum-Frage?



Eingang der KZ-Gedenkstätte Osthofen mit Hinweis auf eine Sonderausstellung von Tomi Ungerer, 2010

Zu Beginn des Aufenthaltes an dem außerschulischen Lernort bietet es sich an, zunächst das vorhandene Fachwissen und die motivationalen Grundlagen der entsprechenden Lerngruppe zu eruieren, indem man etwa die Methode »Blitzlicht« anwendet, bei dem jeder Schüler sich kurz äußert. Auch bieten sich verschiedene Formen von Brainstormings an, durch die das vorhandene Wissen offengelegt wird, an dem sich die Gedenkstättenmitarbeiter beim Besuch flexibel orientieren können.

## **2 Zielsetzungen eines Gedenkstättenbesuchs von Lehrerseite**

Ein weiteres für die Gedenkstättenpädagogik interessantes Ergebnis der Studie sind die Erwartungen, die Geschichtslehrer einem solchen Besuch zugrunde legen. Ebenso wie mögliche methodische Zugänge sind diese sehr heterogen. Außerdem sollen Rückschlüsse gezogen werden, wie Gedenkstätten mit diesen unterschiedlichen Erwartungen umgehen können. Im Rahmen meiner Studie haben sich hinsichtlich der Erwartungen von Schulpädagogen an einen Gedenkstättenbesuch vier unterschiedliche Erwartungshaltungen herauskristallisiert:

**2.1 Information und Vermittlung von Kenntnissen:** Für einen Teil der Befragten haben Gedenkstätten vor allen die Aufgabe, Kenntnisse zur damaligen Zeit zu vermitteln. Im Mittelpunkt steht die Informationsfunktion. Mehrere Fragestellungen werden dann an einen solchen historischen Ort gerichtet: Was ist dort konkret passiert? Inwiefern steht dieser Ort exemplarisch für die Verbrechen im Nationalsozialismus? Was für eine Geschichte hat die Gedenkstätte?

Wie angedeutet erhoffen die Lehrer im Extremfall, dass in diesen historischen Orten Grundkenntnisse zum Thema Nationalsozialismus vermittelt werden. Dass diese Aufgabe von der Schule geleistet werden muss, ist offensichtlich. Dennoch können Gedenkstätten nicht davon ausgehen, dass die Lerngruppen immer angemessen fachlich vorbereitet sind, sodass zur Not ein Basiswissen in einer der Lernsequenzen vermittelt werden muss, z.B. in Form eines Kurzvortrags, eines Einführungsfilms oder eines Gesprächs. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, bei der Anmeldung an die Lehrkräfte zu

appellieren, die erforderlichen allgemeinen Grundkenntnisse zum Nationalsozialismus schon vorab unterrichtlich zu behandeln.

**2.2 Moralerziehung:** Für einen Teil der Lehrer steht gerade beim Thema Nationalsozialismus wie bei keinem zweiten der schulische Erziehungsauftrag im Fokus. Gedenkstättenbesuche sollen zur Förderung moralischer Kompetenzen beisteuern. Gedenkstätten sollen beispielsweise zur Menschenrechtsbildung beitragen. Gerade bei dieser Thematik ist eine Emotionalisierungsgefahr gegeben. Gedenkstättenbesuche dienen als mahnendes Beispiel, anhand dessen die Schüler die Wichtigkeit universeller Menschenrechte erkennen. Fragestellungen eines solchen Besuch sind: Was sind Menschenrechte? Inwiefern wurden an dem entsprechenden Ort Menschenrechte verletzt? Wie kann man sich vor Menschenrechtsverletzungen schützen? Gibt es universelle Menschenrechte?

**2.3 Politische Bildung:** Ähnlich wie bei einer stark moralisch ausgerichteten Erziehung haben einige Lehrer einen sehr wertorientierten Zugang. Passend zu den Bildungsplanvorgaben sollen Gedenkstätten einen wesentlichen Beitrag zur Demokratieerziehung und allgemein zur politischen Bildung leisten. Im Unterschied zum ersten Ansatz ist bei den letzten beiden der Zugang keineswegs informierend, sondern stark wertend gedacht. Die Schüler sollen durch solche Orte die Wichtigkeit einer fundierten demokratischen Grundordnung erkennen und angeregt werden, für diese zu kämpfen. Dabei bieten sich auch aktuelle Bezüge an, etwa ein Verweis auf gegenwärtige Menschenrechtsverletzungen. Der Holocaust steht dann beispielhaft für eines der schlimmsten, wenn gar das schlimmste Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Die Kernfragen lauten: Wie war ein solches Verbrechen möglich? Wie können wir uns künftig gegen demokratiefeindliche Tendenzen schützen? Wann leisten Menschen Widerstand und warum?

**2.4 Geschichtsreflexion:** In der gegenwärtigen geschichtsdidaktischen Diskussion spielen der Konstruktivismus und das Geschichtsbewusstsein eine zentrale Rolle<sup>7</sup>. Demnach werden im Geschichtsunterricht vermehrt auch die Konstruktivität des Historischen, die Perspektivität und die Diskursivität historischer Vorgänge beleuchtet. Dazu zählt auch die Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Erinnerung. Im Zusammenhang mit einem Gedenkstättenbesuch geht es dann weniger um die Information oder Wert-erziehung, sondern um die reflexive Auseinandersetzung mit Gedenkstätten als einem Ort der historischen Erinnerung und des bundesdeutschen Geschichtsbewusstseins. Dabei werden Gedenkstätten als Träger historischer Sinnbildung diskursiv beleuchtet. Exemplarische Fragestellungen einer so ausgerichteten schulischen Exkursion sind: Wie wird in der entsprechenden Einrichtung an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft erinnert? Welche Bereiche sind authentisch (Quelle), welche sind nachgestellt (Darstellungen)? Wie ist die Ausstellung inhaltlich und formal aufgebaut? Was für Denkmäler gibt es, welche Botschaft sollen diese vermitteln? Was für einen Stellenwert hat die Gedenkstätte für die regionale, überregionale Erinnerung an die NS-Vergangenheit?

Es wird deutlich, dass diese vier Zugänge sehr unterschiedlich sind und ein völlig anderes Lernsetting zugrunde legen. Gedenkstätten sollten ein einigermaßen breites Spektrum möglicher Zugänge sowohl inhaltlich (z.B. historische Bildung vor Ort, Menschenrechtserziehung, Demokratieerziehung, Geschichtsreflexion) als auch methodisch (z.B. klassische Führung, Schüler führen Schüler, Workshops) anbieten, um den heterogenen Ansprüchen gerecht zu werden.



KZ-Gedenkstätte  
Flossenburg – Teilweise  
abgerissener Arrestbau.  
Ort der Hinrichtung  
Dietrich Bonhoeffers,  
2009

### **3 Beispiel einer Kooperation – IBW Heidelberg und Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma**

Im Regelfall werden die pädagogischen Angebote von Gedenkstätten eher vereinzelt, temporär und unsystematisch, teils unvorbereitet angenommen, was nicht zuletzt an den oben beschriebenen institutionellen Eigenheiten der Schule liegt. Voraussetzung für kontinuierliche Kooperation sind – und auch das ergab sich aus den Interviews – einzelne engagierte Lehrer, die es in fast jeder Schule gibt, und, sofern man eine außenwirksame Kooperation anstrebt, die Schulleitungen, die in der Schulentwicklungsforschung nicht zu Unrecht eine Schlüsselstellung für größere Projekte und außerschulische Kooperationen haben. Wenn man sowohl die Schulleitung als auch einen festen Stamm von engagierten Lehrern einer einzelnen Schule als sichere Kooperationspartner gewonnen hat, steht einem kooperativen Arbeiten nichts im Wege und eine Öffnung der Gedenkstätte in Richtung Schule und umgekehrt ist möglich.

An dieser Stelle möchte ich an einem Praxisbeispiel eine solche Kooperation aufzeigen, das zwar nur indirekt mit Schulen zu tun hat, aber einige Anregungen liefert. Neben meiner Tätigkeit als Gymnasiallehrer am Hölderlin-Gymnasium Heidelberg bin ich seit 2007 Lehrbeauftragter am Institut für Bildungswissenschaft und gebe jedes Sommersemester Kurse, die sich mit der »Holocaust Education«, der »Erziehung nach Auschwitz« und der Gedenkstättenpädagogik beschäftigen und an angehende Lehrer und Pädagogen gerichtet sind. Begleitet werden diese Lehrveranstaltungen durch unterschiedliche pädagogische Angebote vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, die ich kurz vorstellen möchte. Die Kooperation war nur möglich durch eine enge persönliche Zusammenarbeit mit Andreas Pflock vom Dokumentationszentrum, der dort die pädagogische Arbeit betreut. Unser gemeinsames Ziel ist, angehende Lehrer frühzeitig für die zahlreichen pädagogischen Möglichkeiten von Gedenkstätten zu sensibilisieren. Je früher das geschieht, desto nachhaltiger kann das die späteren Pädagogen zur Anwendung von solchen Lernangeboten bewegen.

**3.1** Klassische und modifizierte Führungen durch die Ausstellungen: Als elementarstes Angebot haben wir auf unterschiedliche Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung

mit der Dauerausstellung zurückgegriffen. Während anfänglich die Studenten von einem Referenten des Dokumentationszentrums geführt wurden, sind wir davon immer weiter abgerückt, da wir den Teilnehmern möglichst individuelle und heterogene Zugänge ermöglichen wollten. Als Alternative zu den klassischen Führungen, deren Wirksamkeit wir immer kritischer sahen, haben wir einen komplett freien Begehen der Ausstellung, die Arbeit mit den vorhandenen Museumskoffern und die arbeitsteilige Vorbereitung sowie Präsentation einzelner Ausstellungsabschnitte (»Schüler führen Schüler«) vorgesehen. Im Sinne der konstruktivistischen Zugänge haben wir in diesem Wintersemester arbeitsteilig die inhaltlich-methodische Ausstellung als eine Form von Geschichtsvermittlung dekonstruiert.<sup>8</sup> Jede der insgesamt fünf Studentengruppen bereitete einen kleinen Abschnitt der Ausstellung vor. Sie erhielten den Auftrag, die inhaltlich-methodische Aufbereitung zu dekonstruieren, Vor- und Nachteile der bisherigen Aufbereitung der Geschichte darzulegen und anschließend alternative inhaltlich-methodische Gestaltungsformen zu durchdenken. Die Studenten sollten dadurch erkennen, wie stark das Konzept einer Ausstellung den Besuch einer Gedenkstätte determiniert und welche neueren Zugänge für eine inzwischen überholte Ausstellung möglich sind. Bei allen Formen von Führungen haben wir mit den künftigen Pädagogen in einer Nachbesprechung über die verschiedenen pädagogischen Angebote (z.B. über den Sinn solcher Führungen) nachgedacht, damit diese Rückschlüsse auf eigene Exkursionen in der Zukunft ziehen konnten.

**3.2** Exkursionen mit unterschiedlichem inhaltlichen und methodischem Schwerpunkt: Darüber hinaus haben wir in jedem Jahr mindestens eine außerhalb von Heidelberg liegende Gedenkstätte besucht und diese mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma verglichen. Die dem Vergleich zugrunde liegenden Kriterien waren: 1. das pädagogische Angebot, 2. das Profil der Gedenkstätte (z.B. Täter- oder Opferfokussierung), 3. mögliche Anknüpfungspunkte für den Fachunterricht, 4. pädagogische Vorteile/Zugänge, 5. Nachteile/Grenzen dieser Gedenkstätte für eine außerunterrichtliche Exkursion. Durch den Vergleich sollten die Studenten die Heterogenität dieser Erinnerungsorte erkennen und die didaktisch-methodischen Anknüpfungspunkte kritisch beleuchten.

Auch hier wurden sehr unterschiedliche Herangehensweisen gewählt, die anschließend mit den Studenten reflektiert wurden. In der KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthof im Elsass wählten wir häufig einen aus drei Bausteinen zusammengesetzten halbtägigen Projekttag, der etwa vier bis fünf Stunden umfasste. Das pädagogische Angebot begann meist mit einführenden Referats- und Gesprächsrunden im Seminarraum der Gedenkstätte. Dort wurden unterschiedliche Referate gehalten (z.B. Einführung in die KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthof, der Darstellung des Konzentrationslagersystems im Sinne Wolfgang Sofskys als »totale Macht«, Alltag im Konzentrationslager) und mit den Studenten Erwartungen an den anstehenden Besuch besprochen. Anschließend bekamen die Studenten Zeit, um eigenständig das Gelände zu begehen und dort individuelle Eindrücke zu sammeln. Danach beging die gesamte Gruppe zentrale Gebäude (z.B. Bunker, Zaun) in Form einer auf Gesprächssequenzen basierten Führung.

Eine der konstruktivistischen Geschichtsdidaktik entsprechende Exkursion wurde 2013 durchgeführt. Um die angehenden Pädagogen für die Wichtigkeit einer angemessenen Vorbereitung im Vorfeld einer solchen Fahrt zu sensibilisieren, fand bewusst keine Einführung statt. Stattdessen wurden zwei Orte außerhalb des eigentlichen

Lagergeländes des KZ Natzweiler-Struthof (Steinbruch, Gaskammer) angefahren und den Studenten ohne weitere Anweisung jeweils eine Zeitspanne gegeben, innerhalb derer sie beide Stätten begehen sollten. Diese methodische Herangehensweise eignet sich ausgezeichnet, um die Vorbereitung eines solchen Besuchs zu problematisieren – die Gaskammer, weil sie ohne angemessene Information emotional-moralisch überwältigt, was einige der Studenten im Feedback geäußert haben, sowie der Steinbruch, weil hier nur Rudimente erhalten sind, die ohne Information keinerlei Aussagewert haben.

Ausgehend von dieser inszenierten »schlechten Vorbereitung« sind wir ins Gedenkstätten Gelände gegangen und haben die fehlende Kommunikation problematisiert. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Im Tenor wurde deutlich geäußert, wie wichtig gerade bei diesen beiden Orten eine angemessene Information ist. Danach wurden den Studenten mehrere alternative Zugänge geboten (eigenständige Erkundung, Führung, Kurzreferate, Gesprächsrunden im Seminarraum), die in der Schlussphase vergleichend besprochen wurden. Dadurch wollten wir fördern, dass sich die angehenden Pädagogen über die sehr breit gefächerten didaktisch-methodischen und inhaltlichen Möglichkeiten ihrer Pädagogik bewusst werden.

Darüber hinaus haben wir 2009 bei einer mehrtägigen Exkursion das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg besichtigt, um darauf aufbauend über die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Erinnerungsorte zu reflektieren. Ein ähnliches Vorgehen wählten wir 2010 in der KZ-Gedenkstätte Osthofen. Gerade bei der Gedenkstätte Osthofen wollten wir die Studenten auf den historischen Unterschied zwischen frühen Konzentrationslagern und den späteren KZ-Hauptlagern hinweisen.

**3.3 Workshops und Expertengespräche:** Darüber hinaus wurden bei insgesamt drei Seminaren Workshops von externen Referenten abgehalten. Teilweise handelte es sich bei den Experten um Universitätsdozenten, teilweise um in der Gedenkstättenpädagogik und in der historischen Bildung Arbeitende. Neben einer inhaltlichen Vertiefung (Comics zur NS-Zeit, »Erziehung nach Auschwitz« in der Migrationsgesellschaft, Zeitzeugengespräche, der Holocaust in der unmittelbaren Nachkriegsliteratur, die rechtlich-moralische Problematik der Auschwitz-Prozesse) sollten die Studenten dabei die Perspektiven und die Arbeitsweise anderer Einrichtungen kennenlernen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte im Umgang mit der NS-Vergangenheit setzen.

**3.4 Projekte von Studierenden:** Eine vierte Form der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Universität und Dokumentationszentrum der deutschen Sinti und Roma fand im Wintersemester 2013/2014 statt. Zwei Studenten hatten die Aufgabe, für die künftige Ausstellung, die aller Voraussicht nach dieses Jahr die bisherige ersetzen wird, Konzepte für pädagogische Angebote zu entwickeln. Eine Kleingruppe sollte ein Konzept für die Umsetzung der aktuellen Antiziganismusstudie<sup>9</sup> entwickeln, eine andere Gruppe Ideen, wie man künftig zur Darstellung der Biografien von Opfern der Verfolgung Tablet-Computer einsetzen kann. Die Studierenden fertigten zunächst eine Projektskizze an, die unter anderem einen theoretisch-fachlichen Rahmen, ein pädagogisches Konzept und konkrete methodische Zugänge beinhalten sollte. Dieses Konzept wurde in einer Seminarsitzung am Dokumentationszentrum vorgestellt. Auf Grundlage dieser Debatte wurde eine überarbeitete Fassung erstellt, die dem Dokumentations- und Kulturzentrum in Zukunft als Arbeitsmaterial dienen kann.

Hinter diesem Projekt steht das Ziel, eine Verknüpfung von erziehungswissenschaftlicher Theorie und konkreter gedenkstättenpädagogische Praxis zu leisten. Außerdem sollen die Studenten frühzeitig mögliche Arbeitsfelder und die vielen Bildungsmöglichkeiten von Gedenkstätten kennenlernen. Durch das kollektive Feedback der Projektskizzen wiederum üben die anderen Teilnehmer, pädagogische Angebote theoretisch und praktisch zu hinterfragen.

#### **4 Warum sich Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten nach wie vor für Schulen lohnen**

Als Ergebnis meiner Dissertation und der Praxis mit Studierenden möchte ich in vier Thesen zusammenfassen, wieso Gedenkstättenbesuche eine unabdingbare Ergänzung zu einer schulischen »Erziehung nach Auschwitz« sind.

**4.1** Ein so anspruchsvolles Thema wie der Nationalsozialismus und die durch die Thematik aufgeworfenen Fragestellungen lassen sich nur durch heterogene Zugänge inhaltlich behandeln. Eine ideale Ergänzung zum fachlich-methodisch gut aufbereiteten Schulunterricht sind Gedenkstätten, da sie so vielfältige Möglichkeiten bieten und daher für ganz unterschiedliche Schülertypen geeignet sind. Außerdem ist hier ein sehr offenes, weniger hierarchisches Lernen möglich, was gut vorbereitete Schüler stark motivieren kann.

**4.2** Wie aus vielen Interviews mit den Geschichtslehrern deutlich wurde, geht von vielen Gedenkstätten, vor allem wenn sehr viele authentische Überreste erhalten sind, eine besondere Aura aus, die im schulischen Umfeld so niemals vorliegen kann. Geschichte kann hier gelebt und konkretisiert werden, wodurch nachhaltigere Erkenntnisprozesse möglich sind.

**4.3** Gedenkstätten spielen für den erinnerungspolitischen Diskurs eine unverzichtbare Rolle, sodass auch eine Geschichtsreflexion im Sinne einer konstruktivistischen Geschichtsdidaktik zwingend notwendig solche Orte aufsuchen muss, um den Schülern die Perspektivität und den Akt der Geschichtskonstruktion beispielhaft vor Augen zu führen.

**4.4** Will man die Erinnerung an die NS-Vergangenheit wach halten, bedarf es Institutionen, die sich diesem Auftrag widmen. Da an Schulen inzwischen extrem vielfältige Anforderungen von sehr unterschiedlichen Seiten gestellt werden, können nur noch Gedenkstätten als ureigentlicher Träger eines kollektiven Holocaustgedächtnisses fungieren, weil die Schulen überfordert sind. Damit diese Zeit auch in Zukunft noch in der deutschen, europäischen und globalen Erinnerung verankert bleibt, ist eine Vernetzung von Schulen als Institutionen der allgemeinen Erziehung und Bildung und Gedenkstätten als Träger eines spezifischen Erinnerungs- und Bildungsauftrags unverzichtbar.

**Dr. Bertram Noback** ist seit 2010 Gymnasiallehrer in Heidelberg mit den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde, Philosophie/Ethik und Deutsch. Seit 2007 ist er Lehrbeauftragter am Institut für Bildungswissenschaft und seit 2012 an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

- 1 Der SPIEGEL 5; 24. 1. 2014 »Die letzten Zeugen«, S. 51.
- 2 Vgl. Kohlstruck 1997.
- 3 Siehe hierzu Welzer 2010.
- 4 Vgl. Alavi 1998, Georgi 2003, Messerschmidt 2009.
- 5 Als theoretischer Grundlagentext dient im Rahmen meines Dissertationsprojekts Adornos Aufsatz »Erziehung nach Auschwitz«, dessen Kerngedanken modifiziert nach wie vor ein zentraler Ansatz für die schulische und außerschulische pädagogische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ist. Vgl. Adorno 1970 [1966].
- 6 Dazu zählen die institutionellen Rahmenbedingungen (z.B. Stofffülle der Bildungspläne, Veränderungen des Geschichtsunterrichts durch das G8, der enge Zeittakt), die veränderten Wissensgrundlagen der Schüler und die besonderen Anforderungen, die gerade das Thema Holocaust aufwirft (z.B. Sorge vor einer Überwältigung der Schüler). Siehe hierzu Noback 2015: v.a. 288–293.
- 7 Siehe hierzu einleitend Jeismann 2000; Pandel 2013: 129–136; Rohlfes 2009 und Rösen 1989.
- 8 Im Rahmen dieses Aufsatzes wird unter den »konstruktivistischen Zugängen« jene Auseinandersetzung mit Geschichte verstanden, die vom geschichtswissenschaftlichen und geschichtsdidaktischen Konstruktivismus im Sinne Rösens und Jeismanns geprägt sind. Dabei geht es um die Konstruktion, Rekonstruktion und Dekonstruktion der Geschichte. Jeismann 2000: 58f. sieht die Kernaufgabe des Geschichtsunterrichts im Sinne einer auf Geschichtsbewusstsein abzielenden Geschichtsreflexion darin, unbewusste oder bewusste »Deutungen«, die auch das schulische Lernen betreffen, zu durchschauen und den »Umgang mit historischen Rekonstruktionen« in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen. »Geschichtsaussagen« werden in diesem Zusammenhang »immer« als eine »begrenzte selektierte, perspektivische Rekonstruktion der Vergangenheit im gegenwärtigen Bewußtsein« gesehen. Im Unterschied zur Faktenvermittlung geht es bei konstruktivistischen Zugängen darum, den Entstehungsprozess der Geschichte und den Umgang mit verschiedenen Ereignissen, Personen und Zeitabschnitten der Vergangenheit kritisch zu hinterfragen, z.B. durch eine inhaltliche Behandlung der NS-Aufarbeitung nach dem 2. Weltkrieg.
- 9 [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise\\_Bevölkerungseinstellungen\\_gegenueber\\_Sinti\\_und\\_Roma\\_20140829.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Bevölkerungseinstellungen_gegenueber_Sinti_und_Roma_20140829.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Zugriff: 15. 4. 2015)

#### Literaturgrundlage

- Adorno, Theodor W.: *Erziehung zur Mündigkeit*, in: Becker, Hellmut/Kadebach, Gerd: *Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969*, Frankfurt a.M. 1970, S. 92–109 [Original: 1966].
- Alavi, Bettina: *Geschichtsunterricht in der multiethnischen Gesellschaft. Eine fachdidaktische Studie zur Modifikation des Geschichtsunterrichts aufgrund migrationsbedingter Veränderungen*, Berlin 1998.
- Georgi, Viola B.: *Entliehen Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*, Hamburg 2003.
- Jeismann, Karl-Ernst: *Geschichte und Bildung. Beiträge zur Geschichtsdidaktik und zur Historischen Bildungsforschung*, hg. und eingeleitet v. Jacobmeyer, Wolfgang/Schönemann, Bernd, Paderborn (u.a.) 2000.
- Kohlstruck, Michael: *Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen*, Berlin 1997.
- Messerschmidt, Astrid: *Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte*, Frankfurt a.M. 2009.
- Noback, Bertram: *Die »Erziehung nach Auschwitz« und das kulturelle Gedächtnis in der Schule: Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von Geschichtsbildern und didaktisch-methodischen Konzepten exemplarischer Gymnasialgeschichtslehrer der zweiten und dritten Generation in Baden-Württemberg*, Heidelberg 2015.
- Pandel, Hans-Jürgen: *Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis*, Schwalbach/Ts. 2013.
- Rohlfes, Joachim: *Konstruktivismus – Stärken und Schwächen einer Erkenntnis- und Lerntheorie*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 2/2009, S. 707–719.
- Rösen, Jörn: *Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III: Formen und Funktionen des historischen Wissens*, Göttingen 1989.
- Welzer, Harald: *»Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt a.M. 2010.
- Wiesel, Elie: *Die Nacht zu begraben*, Elischa, Frankfurt a.M. 1987.

# Apps für Gedenkstätten

KRISTINA PAVIĆEVIĆ UND ERIC SOMMER



Die Diskussion um Apps für Gedenkstätten und Kultureinrichtungen im Allgemeinen dreht sich zumeist um Haben oder nicht Haben, eine Berechtigung wird häufig nur den innovativen Lösungen zugesprochen. Die standardisierten Versionen erhalten den wenig schmeichelhaften Beinamen »von-der-Stange«. Diese Tendenz ist verständlicherweise verbreitet unter den Entwicklern, die kostenintensivere Individuallösungen verkaufen wollen und damit auch ihr Können demonstrieren.

Die Zahlen zeigen etwas anderes, die Realität stellt sich anders dar: Obwohl die Verbreitung von Smartphones inzwischen ein Maß erreicht hat, dass man durchaus feststellen kann, dass eine eigene App für jede Einrichtung bald der Bedeutung einer eigenen Website gleichkommt, gibt es wenige Apps für Gedenkstätten, Museen und Kultureinrichtungen. Die Gründe wurden in einer wissenschaftlichen Arbeit im Studiengang Kulturmanagement an der Universität Hamburg untersucht. Mit den Schlüssen aus der Arbeit entwickelten wir, das sind der Softwareentwickler Eric Sommer und Kristina Pavićević als Kulturmanagerin, ein App-Gerüst, um dem Großteil der Institutionen damit eine Alternative anzubieten – den Bedingungen der Museen und Gedenkstätten entsprechend eine besonders günstige.

Für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme entstand eine App als Prototyp, die besonders geeignet für Institutionen dieser Art ist. Da es sich hier vor allem um Dauerausstellungen handelt, bot es sich an, ein Baukasten-Prinzip zu entwickeln, das für jede Einrichtung als Version individualisierbar ist. Für Veranstaltungen können zwar Aktualisierungen vorgenommen werden, weitgehend handelt es sich aber für die Institution um eine einmalige Ausgabe für ein besonders gefragtes Marketinginstrument. Zudem ist es ein Instrument, das eine schwer ansprechbare, nicht zu vernachlässigende Zielgruppe begeistert: Jugendliche und junge Erwachsene!

Die App enthält alle Informationen über die Gedenkstätte, die für die Besucher wichtig sind: Öffnungszeiten, Eintritt, Anfahrt und Kontaktmöglichkeiten. Eine Online-Karte ermöglicht die Orientierung auf dem Gelände vor Ort.

Da die wenigsten Gedenkstätten ihren Besuchern eine dauerhafte, leistungsstarke Internetverbindung bereitstellen können, wurde eine offline-fähige App programmiert, die sich zwar bei Online-Verbindung die jeweiligen Aktualisierungen (z.B. Veranstaltungen) herunterlädt, internetunabhängig aber voll nutzbar bleibt. Online funktionierende Apps oder mobile Webseiten sind in Anbetracht der hohen Roaming-Gebühren im Ausland für Touristen – immerhin eine der Haupt-Besuchergruppen von Gedenkstätten – nur wenig attraktiv.

## Die App der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

In Neuengamme wurde an der App schnell der bedeutende Vorteil zu den bisher gut genutzten Audioguides erkannt: Die App bietet dem Nutzer eine selbstständigere Bestimmung von Geschwindigkeit und Weg. Die Neuengamme-App entstand zum 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai 2013 in Hamburg. Somit konnte die

ohnehin große Öffentlichkeitsarbeit für diesen Event gleichzeitig auch für die Bewerbung der App mit genutzt werden, ebenso zu den kurz darauf folgenden Feierlichkeiten zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung des Lagers.

Als Ziel für die neue App wurde formuliert, mehr Einzelbesucher für die Gedenkstätte zu interessieren sowie feine Orientierungshilfe auf dem riesigen Gelände zu schaffen. Besonderes Augenmerk sollte auf der offen zugänglichen Geländestructur liegen, in der die Besucher zunächst nicht geführt werden, da es keinen Anfang und kein Ende einer vorgeschlagenen Route sowie kein Besucherzentrum gibt. Die vielen einzelnen Architekturteile des Gesamtensembles in Neuengamme sind größtenteils ohne Beschilderung, um auf Veränderungen an den Gebäuden zu verzichten und den Ort in seiner Ausdrucksstärke selbst sprechen zu lassen.

Die App erschien in beiden wichtigen Stores für Apps – bei iTunes und bei Google Play – kostenfrei für den Nutzer. Die App benötigt eine relativ geringe Speicherkapazität und ist sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch problemlos innerhalb kürzester Zeit downloadbar.

Beim Anklicken der App bietet die Geländeübersicht der 112 Stationen mit jeweils bis zu fünf Unterstationen eine Orientierungshilfe, die sich auf dem Bildschirm verschieben, vergrößern und verkleinern lässt. Zudem gibt es die Möglichkeit, über eine Nummerneingabe den eigenen Standort auf dem Gelände in der Entsprechung im Menü zu bestimmen und die zugehörigen Infos direkt abzurufen – ähnlich wie beim Audioguide.

Mit Bildern und Texten sind die sechs Dauerausstellungen der Gedenkstätte aufgeführt und lassen sich jeweils einzeln aufrufen. Einen großen Mehrwert stellen die angebotenen vier Rundgänge dar, die nach thematischer und örtlicher Nähe der Gebäudeteile konstruiert und in die App integriert sind. Sie lassen sich je nach Informationswunsch immer weiter in Details aufrufen. Innerhalb der Ausstellungen illustriert jeweils eine Bildleiste die dem Text entsprechenden Gebäudeteile. Eine weitere





Möglichkeit, die von Neuengamme nicht genutzt wurde, aber bestimmt von großem Interesse sein könnte, ist das Integrieren von Interviews mit Zeitzeugen durch Audiofiles – in diesem Fall müssten allerdings Kopfhörer bzw. Ohrstöpsel benutzt werden, um die Ruhe des Ortes nicht zu stören.

### Vermarktung und Evaluierung der App

Eines der wichtigsten Themen für Kulturinstitutionen im Umgang mit eigenen Apps ist die gut durchdachte und dementsprechend umgesetzte Öffentlichkeitsarbeit, um auf die App aufmerksam zu machen. Anders als die Selbstverständlichkeit, mit der Webseiten über Suchmaschinen im Internet gesucht werden, ist es noch nicht üblich, beim Besuch einer Gedenkstätte, die entsprechende App im jeweiligen Store zu suchen und zu installieren. Daher ist es wichtig, mehrere Wege zu wählen, um eine App publik zu machen, um Besuchern und Interessenten allgemein bereits im Vorfeld die Möglichkeit zu geben, sich über die Institution zu informieren, den Besuch vorzubereiten oder aber eben direkt beim Besuch vor Ort zu wissen, dass eine App zur Verfügung steht. (Als Kulturmanagerin kenne ich die personellen Mangelkapazitäten der Kulturinstitutionen und biete daher ein individuelles Marketingpaket mit an, das nach

Abprache entwickelt und auf Wunsch auch durchgeführt wird, um die App erfolgreich werden zu lassen.)

Die Erfahrungen und Rückmeldungen zur App in Neuengamme sind sehr positiv: Die App sei angesichts der Fülle an Informationen vergleichsweise gut gegliedert. Schülerinnen und Schüler können sich beispielsweise vor dem Klassenbesuch in der Gedenkstätte durch die App selbstständig einen Eindruck von dem Aufbau eines Lagers machen. Dadurch wird schnell der industrielle Charakter des Lagers deutlich. Zudem lasse sich sowohl der Alltag der Opfer als auch der der Täter rekonstruieren. Die Downloadzahlen in beiden Stores sprechen für eine rege Nutzung der App. Wer die Beispiel-App testen möchte, kann die App der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im App Store oder bei Google Play kostenfrei herunterladen:



*Kontakt:* [www.pavicevic.de](http://www.pavicevic.de) | [mail@pavicevic.de](mailto:mail@pavicevic.de)

**Kristina Pavićević** ist Kunsthistorikerin und schrieb Ihre Abschlussarbeit im Studiengang Kulturmanagement über das Thema: Smartphone-Apps »von-der-Stange« für Kultureinrichtungen am Beispiel der App für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Sie arbeitet bundesweit freiberuflich für Kulturinstitutionen als Kulturmanagerin.

**Eric Sommer**, Diplom-Informatiker und Softwareentwickler, hat die App für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme programmiert.